

# E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND  
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND  
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale  
Zeitschrift

ISSN  
2366-7249  
April 2018

**GROSSE ERFOLGE**  
BMZ-Beamter beleuchtet  
globale Fortschritte, die  
Beachtung verdienen

**SÜDLICHES AFRIKA**  
Führungsprobleme  
plagen ehemalige  
Befreiungsbewegungen

**INTERNETRIESEN**  
ADB-Ökonomen fordern  
neue internationale  
Wettbewerbspolitik



# Schwere Kindheit

## SCHWERPUNKT

# Schwere Kindheit

## Leben auf der Straße

Kambodschanische Straßenkinder sind Risiken wie Drogen, Kriminalität und Missbrauch ausgesetzt. Gefährdete Familien und Kinder brauchen Unterstützung, berichtet Sun Narin, ein Journalist aus Phnom Penh. Die Wissenschaftlerin Sally Atkinson-Sheppard hat über Kinder in kriminellen Banden in Bangladesch geforscht. Sie nennt sie „illegale Kinderarbeiter“. **SEITEN 21, 23**

## Bessere Schulen

Inklusion bedeutet, dass kein Kind zurückbleibt, erklärt Masuda Farouk Ratna, deren NGO eine Schule für Kinder mit Behinderung in Bangladesch betreibt. Belay Begashaw vom Sustainable Development Goals Center for Africa betont, dass Grund- und weiterführende Schulen bessert werden müssen. Angelina Henrich and Moses Ntenga von der NGO Joy for Children aus Uganda argumentieren gegen körperliche Züchtigung in Schulen. **SEITEN 25, 26, 27**

## Kinder als Familienversorger

Nigerias Behörden kümmern sich nicht um eine sehr gefährdete Gruppe: minderjährige Kinder, die allein ihre Geschwister versorgen, wie die Journalistin Damilola Oyedele aus Abuja schreibt. In Ländern mit Bürgerkriegen ist dieses Problem sogar noch schlimmer. Der Journalist Parach Mach berichtet aus Südsudan. **SEITEN 29, 31**

## Gestohlene Kindheit

Sorglos ist die Kindheit vieler Mädchen und Jungen in Burundi nicht. Politische Gewalt und Armut zerrütten Familien. Verena Stamm erläutert, wie ihre Stiftung Kindern hilft. **SEITE 33**

## Leben in der Warteschleife

Einige Flüchtlinge, die nach Deutschland kamen, sind unbegleitete Minderjährige. Sie finden es schwer, ein neues Leben zu beginnen – vor allem, wenn sie nicht wissen, ob sie bleiben dürfen, warnt die Journalistin Rayna Breuer. **SEITE 35**

## Digitale Kindheit

Einem UNICEF-Bericht zufolge bietet das Internet Zugang zu wichtigen Bildungsinhalten, birgt aber auch ernste Risiken. E+Z-Praktikant Drake Jamali rezensiert den Bericht. **SEITE 38**

## Monitor

Club of Rome fordert nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise | Deutschland braucht MENA-Strategie | Islamisten finanzieren ihre radikale Ideologie auch mit westlichem Geld | Russische Regierung verbreitet Falschnachrichten im Internet | Heutzutage: Umweltengagement in Libyen | Impressum **4**

## Debatte

Entwicklungserfolge wahrnehmen | Indien muss Luftverschmutzung angehen **11**

## Tribüne

### HANS DEMBOWSKI

Trumps gefährliche Handelspolitik **13**

### HENNING MELBER

Politische Umbrüche von Südafrika bis zur DR Kongo **15**

### YASUYUKI SAWADA UND CYN-YOUNG PARK

Internationale Wettbewerbspolitik gegen Dominanz von Internet-Riesen **18**

## Schwerpunkt: Schwere Kindheit

### SUN NARIN

Kambodschas Straßenkinder brauchen Unterstützung **21**

### SALLY ATKINSON-SHEPPARD

Straßenkinder in Bangladesch werden in organisierte Verbrechen verwickelt **23**

### MASUDA FAROUK RATNA

Inklusions-Schule für Kinder mit Behinderung in Bangladesch **25**

### BELAY BEGASHAW

Afrika braucht mehr als Lippenbekenntnisse zum Bildungs-SDG **26**

### MOSES NTENGA UND ANGELINA HENRICH

Engagement gegen die Prügelstrafe in ugandischen Schulen **27**

### DAMILOLA OYEDELE

Waisenkinder, die ihre Geschwister großziehen, verdienen mehr Beachtung **29**

### PARACH MACH

In Südsudan versorgen verwaiste Kriegskinder ihre Geschwister **31**

### VERENA STAMM

Not und politische Gewalt unterhöheln Familienstrukturen in Burundi **33**

### RAYNA BREUER

Minderjährige Flüchtlinge tun sich in Deutschland schwer **35**

### DRAKE JAMALI

UNICEF: Internet bringt Jugendlichen wichtige Chancen – aber auch Risiken **38**

## Gleiche Chancen schaffen

Kinder kommen mit extrem ungleichen Chancen auf die Welt. Das ist innerhalb einzelner Länder so – reichen wie armen – und erst recht zwischen verschiedenen Weltgegenden. Was für ein Unterschied liegt zwischen einer Kindheit in einer gutsituierten Mittelschichtfamilie in Singapur und einer Bauernfamilie im Tschad! Wahrscheinlich kann das eine Kind zwischen verschiedenen angesehenen Universitäten wählen, um sich seinen Berufswunsch zu erfüllen, und das andere gerade einmal die Grundschule abschließen, bevor es bei der Feldarbeit gebraucht wird oder sich um jüngere Geschwister kümmern muss. Das eine Kind genießt die beste Gesundheitsversorgung der Welt, während für das andere schon eine Durchfallerkrankung tödlich enden kann.

Und dabei sind Kinder in Kriegs- und Krisengebieten, auf der Flucht oder in Lagern, noch gar nicht berücksichtigt. Kinder, die arbeiten müssen oder eine Behinderung haben, Kinder, die auf der Straße leben oder missbraucht werden, haben es besonders schwer. Anderen raubt übergroße Verantwortung die Kindheit oder auch übergroße Erwartungen der Eltern. Ein behütetes Aufwachsen ohne Not ist beileibe keine Selbstverständlichkeit.

Die sollte es aber sein. Jedes Kind hat die gleichen Chancen im Leben verdient, und die Weltgemeinschaft hat die Verantwortung, sie zu schaffen. Auf dieses Ziel arbeitet sie zum Beispiel im Rahmen der Agenda 2030 hin. Ob es um hochwertige Bildung (Sustainable Development Goal – SDG 4) geht, um Geschlechtergleichstellung (SDG 5) oder weniger Ungleichheiten (SDG 10) – Kinder profitieren besonders von Verbesserungen.

Es wurde auch bereits viel erreicht. Zwischen 1990 und 2015, dem Zeitraum der Millennium Development Goals (MDGs), sank die Zahl der Kinder im Grundschulalter, die keine Schule besuchen, weltweit um fast die Hälfte. Auch die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren halbierte sich. Die Zielvorgabe war aber für beide MDGs höher.

Gesundheit, Ernährung und Bildung sind Schlüsselbereiche. Nur ein gesundes Kind kann sich optimal entwickeln und lernen. Deshalb ist die Stärkung der Gesundheitssysteme in Entwicklungsländern so wichtig. Das Gleiche gilt für Krankenversicherungen für alle. Nur ein sattes Kind kann sich auf den Unterricht konzentrieren. Deshalb gehören Schulspeisungen zu den erfolgreichsten entwicklungspolitischen Maßnahmen, solange der Hunger nicht weltweit besiegt ist.

Bildung ist die Basis für fast alles im Leben, von Familienplanung bis Geschlechtergerechtigkeit, von politischer Teilhabe bis zu guter Arbeit. Die Grundlagen dafür werden nicht erst in der Schule, sondern bereits ab der Geburt gelegt. Frühe Förderung in Familien, die es von sich aus nicht schaffen, ist daher elementar. Fast alle Eltern wollen das Beste für ihre Kinder. Aber nicht alle können es ihnen geben: aus Armut oder Unwissenheit, wegen fehlender Infrastruktur oder kulturellen Bedingungen.

Das Leitmotiv der Agenda 2030, niemanden zurückzulassen, sollte für Kinder in besonderem Maße gelten. Ihre Unschuld an den Verhältnissen, in die sie hineingeboren werden, ist augenfällig, die Ungerechtigkeit ihrer unterschiedlichen Startbedingungen besonders groß. Umso wichtiger ist es, für Ausgleich zu sorgen.

► Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.



**KATJA DOMBROWSKI**  
ist Redakteurin von **E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit/ D+C Development and Cooperation**.  
[euz.euz.editor@fazit-communication.de](mailto:euz.euz.editor@fazit-communication.de)

Fotos: Shezad Noorani/Lineair; Nasief Manie/picture-alliance/AP Photo

## Debatte



### Übersehener Fortschritt

Die globale Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte war erfolgreicher als wahrgenommen. Statistiken belegen, dass die Trends der vergangenen Jahrzehnte viel besser als die vorherrschende Stimmung sind, schreibt Matthias Meis vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Zum Beispiel wurden die Pocken besiegt und Polio weitestgehend zurückgedrängt.

SEITE 11

## Tribüne



### Politischer Aufruhr im Süden Afrikas

Im südlichen Afrika haben 2017 innerhalb von drei Monaten drei Präsidenten in den Ruhestand gewechselt: Eduardo dos Santos, in Angola, Robert Mugabe in Simbabwe und Jacob Zuma in Südafrika. Wie viel Erneuerung die jeweiligen Nachfolger im Amt bringen werden, bleibt abzuwarten. Der Wissenschaftler und Afrika-Kenner Henning Melber analysiert die Lage.

SEITE 15

### Internationale Regeln vonnöten

Wenige multinationale Konzerne wie Facebook, Amazon und Google beherrschen das Internet. Um effektiven Wettbewerb zu schaffen, sind internationale Standards nötig, erläutert Yasuyuki Sawada und Cyn-Young Park von der asiatischen Entwicklungsbank im Interview.

SEITE 18

WACHSTUMSGRENZEN

# Systemkollaps verhindern

**Wenn sich die vorherrschende Lebens- und Wirtschaftsweise der Menschen nicht grundlegend ändert, sind die planetaren Grenzen bald erreicht. Der „Erdüberlastungstag“, an dem die Weltbevölkerung die gesamten nachhaltig nutzbaren Ressourcen eines Jahres verbraucht hat, rutscht immer weiter nach vorne. 2017 war er am 2. August – es wären also 1,7 Erden nötig, um den Bedarf zu decken. Der Club of Rome zeigt auf, „was wir ändern müssen, wenn wir bleiben wollen“.**

Von Katja Dombrowski

Die Grundlagen des weltweit dominierenden Wirtschaftssystems wurden im 19. und 20. Jahrhundert zu Zeiten einer „leeren Welt“ geschaffen. Als beispielsweise John Maynard Keynes seine ökonomische Theorie entwickelte, lebten weniger als 2,5 Milliarden Menschen auf der Erde. Sie produzierten im Vergleich zu heute wenig, natürliche Ressourcen waren reichlich vorhanden, und die Erde konnte die Auswirkungen der Lebens- und Wirtschaftsweise ihrer menschlichen Bewohner gut verkraften.

In der Welt von heute, mit 7,6 Milliarden Menschen, einem hohen Grad der Industrialisierung und zerstörerischem Ressourcenverbrauch, funktioniert das System nicht mehr. Auf dieser These basiert der Bericht „Wir sind dran. Was wir ändern müssen, wenn wir bleiben wollen“ zum 50-jährigen Bestehen des Club of Rome 2018. 45 Jahre nachdem der internationale Umwelt- und Klima-Thinktank mit „Die Grenzen des Wachstums“ weltweit Aufmerksamkeit für das Thema nicht-nachhaltiges Wachstum hervorgerufen hatte, nehmen dessen heutige Ko-Präsidenten Ernst Ulrich von Weizsäcker und Anders Wijkman sowie 33 weitere Mitglieder wieder eine umfassende Analyse des Umgangs der Menschheit mit der Erde vor.

Teil 1 des 400-Seiten-Buches bietet einen Überblick über die aktuellen Krisen und Bedrohungen von Klimawandel über Bevölkerungswachstum und Urbanisierung bis zu Plastikschwemme und Atomwaffen.

Um den Zustand der Erde zu messen, bedienen die Autoren sich des Konzepts der planetaren Grenzen, das auf eine Gruppe internationaler Wissenschaftler unter der Leitung von Johan Rockström und Will Steffen (2009) zurückgeht. Sie hat neun solcher Grenzen identifiziert, die auch als Schwellenwerte oder Kippunkte bezeichnet werden:

- Stratosphärischer Ozonabbau,
- Verlust der Biodiversität und Artensterben,
- Chemische Verschmutzung und Freisetzung neuartiger Verbindungen,
- Klimawandel,
- Ozeanversauerung,
- Landnutzung,
- Süßwasserverbrauch und der globale hydrologische Kreislauf,
- Stickstoff und Phosphor fließen in die Biosphäre und Ozeane,
- Atmosphärische Aerosolbelastung.

Einzelne Grenzen wie der Verlust genetischer Vielfalt oder die Stickstoff- und Phosphorkreisläufe haben bereits den Hochrisikobereich erreicht, andere werden als „zunehmendes Risiko“ eingestuft, darunter Klimawandel und Landnutzungsveränderungen, wieder andere – unter anderem Süßwasserverbrauch und Abbau der Ozonschicht – sind noch im grünen Bereich, also unterhalb der Belastungsgrenze. Für chemische Verschmutzung und Luftverschmutzung sind noch gar keine Belastungsgrenzen definiert.

Die meisten der in „Jetzt sind wir dran“ zusammengefassten Erkenntnisse sind nicht neu, aber nichtsdestotrotz erschreckend. In Frage stehen weniger die Ursachen für die akute Bedrohungslage des Planeten als vielmehr mögliche Lösungen. Darauf gehen die Autoren im dritten und letzten Teil ein, widmen sich aber vorher noch der „philosophischen Krise“ unserer Zivilisation.

In Teil 2, der eine neue Aufklärung fordert und den Verfassern zufolge den revolutionärsten Part des Berichts darstellt, geht es um Umweltethik und die Religionen der Welt. Die Grundthese lautet, dass die heutigen Religionen und Denkmuster eben-



**Nicht nur Plastikmüll bedroht die Ozeane, sondern auch – weniger sichtbar – Stickstoff und Phosphor. Strand in Sri Lanka.**

falls aus der Zeit der „leeren Welt“ stammen und sich nicht für die „volle Welt“ eignen. Als Ausgangspunkt für die Überlegungen dient die Enzyklika „Laudato Si“ von 2015, in der Papst Franziskus die Menschheit zu einem grundsätzlich anderen Umgang mit der Natur auffordert. Texte über die Verantwortung der Menschen gegenüber der Natur fänden sich jedoch in allen Weltreligionen.

Dass einige Religionen, darunter die abrahamischen, Aussagen der Herrschaft des Menschen über die Natur enthalten, erklären die Autoren so: „Die Ursprünge der großen Religionen liegen natürlich alle in der leeren Welt, als die Natur endlos schien und die Menschen von Hunger, wilden Tieren, unbekanntem Krankheiten und benachbarten Stämmen bedroht wurden.“ Das Mandat „Seid fruchtbar und mehret euch; füllet die Erde und macht sie euch untertan“ könne für die „volle Welt“ nicht mehr gelten.

Als weiteres Grundübel identifizieren die Autoren die radikale Marktphilosophie, die nach 1989 zum neuen Zeitgeist der ganzen Welt geworden sei. Ihre Methoden seien Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung, ihre Folge die Globalisierung, die zu einem scharfen Wettbewerb zwischen den Staaten geführt habe und viele Verlierer hervorgebracht habe. Der Club of Rome spricht sich nicht grundsätzlich gegen die Marktwirtschaft aus, kritisiert aber

Phänomene wie die wachsende Ungleichheit, das „Diktat der Finanzmärkte“ oder einen „frech gewordenen“ Kapitalismus.

Eins der Hauptmerkmale der neuen Aufklärung soll Gleichgewicht sein, unter anderem zwischen:

- Mensch und Natur,
- kurz- und langfristig,
- Geschwindigkeit und Stabilität,
- privat und öffentlich,
- Frauen und Männern,
- Gleichheit und Leistungsanreiz und
- Staat und Religion.

Bis sich solche neuen Leitlinien weltweit durchgesetzt haben, können wir jedoch nicht warten, denn, das ist auch den Autoren klar: „Ein Systemkollaps ist eine reale Gefahr.“ Die Menschheit muss jetzt handeln, und darum geht es in Teil 3 (siehe auch Kasten unten). Er erzählt allerlei Erfolgsgeschichten, etwa darüber, wie Grünland in Mexiko oder Simbabwe durch ganzheitliches Management regeneriert wurde, wie alternative Entwicklungsstrategien Millionen Jobs im ländlichen Indien schaffen oder wie China den Umbau zu einer grünen Wirtschaft vollzieht. Teil 3 will explizit Optimismus verbreiten, denn die Autoren sind sicher, dass immer noch eine prosperierende Zukunft für alle Menschen möglich sei – aber nur, wenn Wachstum und Ressourcenverbrauch entkoppelt werden.

Einige der Forderungen sind radikal, zum Beispiel diese: „Volle nationale Souveränität auch über Handlungen, die die ganze Erde beeinflussen, ist nicht mehr legitim.“ Dass demnächst die UN darüber bestimmen, ob ein Land Kohlekraftwerke bauen oder weitere Fahrzeuge mit fossilen Antrieben auf die Straße lassen darf, scheint unwahrscheinlich. Der Appell, Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt zusammenzudenken, zielt hingegen auf die Grundlage von Nachhaltigkeit ab, wie sie sich die Weltgemeinschaft mit der Agenda 2030 auf die Fahnen geschrieben hat. Die Sustainable Development Goals sollen möglichst alle Nöte der Menschheit überwinden. Die Club-of-Rome-Autoren warnen jedoch, eine erfolgreiche Umsetzung der elf sozio-ökonomischen Ziele „könnte den raschen weiteren Ruin für Klima, Ozeane und Artenvielfalt bedeuten, also die ökologischen Ziele zertrampeln“.

#### QUELLEN

Von Weizsäcker, E. U., Wijkman, A., et al., 2017: **Wir sind dran. Was wir ändern müssen, wenn wir bleiben wollen.** Gütersloh, Gütersloher Verlagshaus.

Rockström, J., Steffen, W., et al., 2009: **Planetary boundaries. Exploring the safe operating space for humanity.** *Nature* 461: 472-475.

## Die Natur als Vorbild

Im dritten Teil des Buches, der den Titel „Eine spannende Reise zur Nachhaltigkeit“ trägt, stellen die Autoren Konzepte für nachhaltiges Wirtschaften vor. Ein Beispiel dafür ist die sogenannte Blue Economy, die auf einen Bericht des belgischen Unternehmers und Designers Gunter Pauli an den Club of Rome von 2010 zurückgeht. Das Konzept basiert auf dem Verständnis, dass die Natur Lösungen für fast jede Herausforderung bereithält, die Menschheit also von den Ökosystemen lernen kann.

Das Ziel der Blue Economy ist die Fähigkeit, die Grundbedürfnisse, insbesondere die Ernährungssicherheit, zu erfüllen. Dabei müssen die planetaren Grenzen respektiert werden. Einige der Prinzipien lauten, dass Systeme optimiert statt maximiert werden sollen, dass zunehmende Vielfalt Resilienz schafft und dass alles Wert hat, auch Abfälle und Unkraut.

Das Buch stellt drei Beispiele der Blue Economy vor:

1. Kaffeechemie. Dabei geht es darum, das Produkt, das bei der Kaffeeproduktion üb-

rig bleibt – nämlich 99,8% der Biomasse der Kaffeeirschen –, zu nutzen. Dieser „Abfall“ dient zunächst als Nährboden für Pilze. Wenn das Substrat verbraucht ist, kann es noch für Tierfutter, zur Geruchsdämpfung, als UV-Schutz und als Wasserstoffspeichersystem verwendet werden. So werden der Einsatz von Chemikalien vermieden und Einkommen und Arbeitsplätze geschaffen. Das funktioniert im Übrigen nicht nur bei Kaffee, sondern auch bei Tee und vielen anderen Kulturpflanzen.

2. Energie aus Disteln. Disteln wachsen unter anderem auf verlassenen Äckern als Unkraut. Auf der italienischen

Insel Sardinien werden sie geerntet, zu Öl oder Zucker verarbeitet und dann in Biochemikalien umgewandelt. Zu den Produkten gehören Polymere für Plastikbeutel, Elastomere für Gummihandschuhe, Herbizide und Schmierstoffe. Auch eine Verarbeitung zu Tierfutter ist möglich.

3. 3D-Farmen im Meer. Die Farmen vereinen Algen, Muscheln, Austern, Jakobsmuscheln, Fische, Krabben und Hummer in einem Becken. Abfälle werden zu Düngemitteln, und die Technik – die auch als „Permakultur des Meeres“ bezeichnet wird – entsäuert das Meer und regeneriert die Biodiversität. (kd)

MENA-REGION

## Inkohärenter Ansatz

**Obwohl Deutschland für Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit Ländern der MENA-Region (Mittler Osten und Nordafrika) die Mittel in den vergangenen sieben Jahren deutlich erhöht hat, ist bisher keine Strategie erkennbar. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) haben bürokratische Trägheit und ein Fokus auf Sicherheitsinteressen die Wirksamkeit der Entwicklungspolitik behindert. Sie empfiehlt, eine SDG-basierte MENA-Strategie zu formulieren.**

Von Monika Hellstern

Seit 2011 hat sich der EZ-Aufwand in der MENA-Region mehr als verdoppelt – von rund 750 Millionen Euro jährlich auf rund 1,8 Milliarden Euro 2015. Laut DIE-Wissenschaftler Mark Furness hat sich diese Erhöhung allerdings nicht in einer umfassenden regionalen Strategie niedergeschlagen. Der Hauptgrund für die Steigerung sei die Reaktion der deutschen Öffentlichkeit auf die Ankunft von Flüchtlingen aus der Region gewesen.

In vergangenen Jahrzehnten ging die Bundesregierung mit der Region überwiegend pragmatisch und risikoscheu um. Während andere Geber sich in die geopolitischen Angelegenheiten der Region eingemischt hätten, sei Deutschland eher ein „Zahler“ als ein „Spieler“ gewesen, schreibt Furness. Zwar sei Deutschland seit mehreren Jahrzehnten diplomatisch, wirtschaftlich und entwicklungspolitisch präsent, aber eine kohärente Strategie mit klaren Zielen sei nicht zu erkennen. Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) und andere politische Instrumente würden nicht systematisch genutzt.

Furness ist erstaunt, dass die Proteste des Arabischen Frühlings in Deutschland keine Strategieformulierung ausgelöst haben. Relevante Themen würden auf verschiedenen Ebenen des deutschen außenpolitischen Systems diskutiert, aber einen kohärenten Ansatz gebe es immer noch nicht. Dies schlägt sich auf die Praxis nieder. Der Großteil des ODA-Anstiegs wurde für Maßnahmen in nur zwei Bereichen ausgeben: humanitäre Hilfe als Reaktion

auf die syrische Krise und Darlehen zur Förderung erneuerbarer Energien in Marokko. Furness schreibt, das entspreche wohl deutschen und europäischen Sicherheitsinteressen, eine strategische Begründung sei aber nicht zu erkennen.

Grund für die fehlende Strategie ist laut Furness die Komplexität und Fragmentierung des deutschen außenpolitischen Systems. Mehrere Ministerien und das Kanzleramt sind beteiligt. Außerdem besteht der EZ-Sektor aus mehreren staatlichen Unternehmen sowie vielen nichtstaatlichen Organisationen. Furness erscheinen die deutschen ODA-Ausgaben in der MENA-Region zufällig. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die KfW und die GIZ arbeiteten an einer engeren Abstimmung, dies werde allerdings durch die Beteiligung anderer Ministerien erschwert.

Wie die Aufstände des Arabischen Frühlings wahrgenommen werden, ist ebenfalls wichtig. Furness erkennt eine Tendenz zur „Versicherheitlichung“ von Themen – ein Prozess, in dem Politikbereichen eine Sicherheitsdimension hinzugefügt wird, obwohl sie im Kern nicht sicherheitsrelevant sind. So wird etwa Migration zunehmend

mit Bezug auf Schutz vor Bedrohungen diskutiert. Unterstützung zurückgekehrter Migranten oder ODA für nordafrikanische Aufnahmeländer stünden daher hoch oben auf der Agenda, argumentiert Furness. Das „Migrationsmanagement“ auf EU-Ebene deutet darauf hin, dass der Trend zur „Versicherheitlichung“ weiter anhalten wird. Laut Furness war Deutschlands humanitäre Hilfe aber auch von der Verantwortung für bedürftige Gemeinschaften geprägt.

Die Bundesregierung sollte eine MENA-Strategie formulieren, die auf den UN Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) basiert, schlägt Furness vor. Er sagt, die UN-Agenda biete vernünftige Leitlinien, da sie Geber dazu anhalte, die Auswirkungen ihrer Politiken auf Entwicklungsländer zu berücksichtigen. Deutschland sollte beispielsweise seine Waffenverkäufe an Länder in der MENA-Region überdenken. Außerdem wären Reformen der derzeitigen Handels- und Migrationspolitik der EU sinnvoll. Eine kohärente deutsche Strategie würde die EU-Politik nicht direkt verändern aber ein klares Signal senden. Koordination durch das Kanzleramt wäre hilfreich.

### LINK

**Furness, M., 2018: Strategic Policymaking and the German Aid Programme in the MENA Region since the Arab Uprisings (nur auf Englisch)**

[https://www.die-gdi.de/uploads/media/DP\\_5.2018.pdf](https://www.die-gdi.de/uploads/media/DP_5.2018.pdf)



Deutschland hat den Bau des marokkanischen Solarkraftwerks Noor 3 in Ouarzazate mit Krediten unterstützt.

TERRORFINANZIERUNG

## Gefährlicher Geldfluss

**Radikale Islamisten sehen sich als Todfeinde des Westens und seiner Lebensweise. Dies hindert sie aber nicht daran, Geschäfte mit dem Westen zu tätigen, um so die Verbreitung ihrer radikalen Ideologie finanzieren zu können.**

Von Dagmar Wolf

Ob bei der Vorbereitung für die Fußballweltmeisterschaft in Katar 2022, ob beim



Das Urlaubsparadies der Malediven ist zugleich eine Finanzquelle für den internationalen Terrorismus.

Waffenhandel mit kriegführenden Staaten oder bei der Finanzierung bedenklicher Islamverbände und Wohltätigkeitsorganisationen – überall fließt Geld von Ost nach West und umgekehrt. Diesen Finanzströmen widmet sich das Buch „Scharia-Kapitalismus“ des Journalisten und Filmemachers Sascha Adamek.

Länder, die den radikalen Islam zur Staatsreligion erklärt haben, bezeichnet der Autor als „Scharia-Staaten“. Seiner Analyse nach handelten weder Akteure aus Scharia-Staaten noch ihre Geschäftspartner aus religiöser Überzeugung. Es gehe vielmehr darum, Geld zu ventilieren und zu vermehren, schreibt der Autor. Adamek warnt vor einem gefährlichen Pingpong-Spiel: Finanzströme aus dem Westen refinanzierten an vielen Stellen des Nahen Ostens Einzelpersonen, aber auch staatliche Organisationen, die dann wiederum als Gönner und Sponsoren fundamentalistischer Verbände auftraten.

Als Beispiel nennt der Autor Katar, das nicht selten als Drehscheibe der Terrorfinanzierung diene. Das Land gilt als eines der reichsten Länder der Welt, allerdings komme dieser Reichtum nicht den 2,3 Millionen Gastarbeitern aus Indien, Nepal, Bangladesch oder afrikanischen Staaten zugute. Im Gegenteil, diese schufteten meist unter prekären und menschenverachtenden Bedingungen auf den Baustellen des Emirats, das sich gerade mit riesigen Infrastrukturprojekten auf die Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft 2022 vorbereitet. Der Reichtum häufe sich vielmehr auf den Konten katarischer Unternehmen und Einzelpersonen an, die dann wiederum als Finanziers terroristischer Gruppen auftraten.

Adamek räumt ein, dass sicher nicht alle Geschäftspartner aus den arabischen Emiraten Terrorismus im Sinne hätten. Für die Golfstaaten gehöre es zum religiösen und politischen Selbstverständnis, Moscheevereine und Koranschulen zu finanzieren. Viele Moscheevereine beispielsweise in Deutschland stünden aber keineswegs auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Viele ähnelten vielmehr in-

transparenten Blackboxen, in denen Kinder und Jugendliche schleichend radikalisiert würden, warnt der Autor.

Auch Spenden an vermeintlich humanitäre Organisationen seien nicht unproblematisch. Als Beispiel nennt er Islamic Relief Worldwide (IRW). Zwar unterstütze IRW mit ihren Nothilfe- und Entwicklungsprojekten Menschen in Afrika, Asien, Nahost und Osteuropa, andererseits stünde IRW unter dem Verdacht, Teil des Finanzsystems der palästinensischen Terrororganisation Hamas zu sein.

Auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Finanzen sei längst eine weitgehend unbeachtete Islamisierung im Gange, warnt Adamek. Großkonzerne wie beispielsweise Alitalia, Air Berlin, Daimler, Volkswagen oder Mövenpick, aber auch Banken wie die Credit Suisse oder die Deutsche Bank, seien – unter anderem durch die Finanzmarktkrise 2008 – in Schieflage geraten. Ihnen erschienen islamische Investoren mit frischem Geld oft als Retter in der Not. Doch dies führe zu bedenklichen Abhängigkeiten. So drohte Saudi-Arabien beispielsweise damit, sämtliche US-Anleihen zu verkaufen, als der US-Senat 2016 beschloss, bis dahin unter Verschluss gehaltene Seiten aus dem Untersuchungsbericht zur Terrorattacke vom 11. September 2001 zu veröffentlichen.

Wirtschaftliche Abhängigkeiten beherrschen laut Adamek nicht nur Industrie und Handel, sondern auch die Freizeitbranche. So sei Tourismus in tragischer Weise mit dem Terrorismus verbunden. Gerade in Urlaubsparadiesen wie den Malediven oder Bali würde viel Geld aus dem Tourismus generiert und in die Kanäle des internationalen Terrorismus geschleust.

Die sogenannten Scharia-Staaten seien ökonomisch aber mindestens ebenso abhängig vom Westen wie umgekehrt, erklärt der Autor. Dies versetze den Westen in die Lage, diese Staaten offensiv vom Export ihrer extremistischen Religionsvorstellung abzuhalten. Er sollte alles in seiner Macht stehende tun, um die Kanäle von Extremisten, Terroristen und ihren Geldgebern trocken zu legen – ohne Rücksicht auf die eigenen Geschäfte, fordert Adamek.

### BUCH

Adamek, S., 2017: **Scharia-Kapitalismus. Den Kampf gegen unsere Freiheit finanzieren wir selbst.** München: Econ, 2017

Einladung zur Einreichung von Beiträgen

# **PEGNet** Konferenz 2018

## Verbesserung der Qualität von Bildung und Lernergebnissen in Entwicklungsländern

**AFRICAN SCHOOL OF ECONOMICS-ASE, COTONOU, BENIN  
11. BIS 12. OKTOBER 2018**

Das „Poverty Reduction, Equity and Growth Network“ (PEGNet) fördert den Dialog zwischen Forschern, Praktikern sowie politischen Entscheidungsträgern und bietet eine Plattform für die Präsentation und Diskussion von Forschungsarbeiten an, die für die Ausgestaltung und Umsetzung von Politikmaßnahmen relevant sind. Interessenten können auch dieses Jahr für die Jahreskonferenz 2018 **wissenschaftliche und projektbezogene Forschungsbeiträge** einreichen. Zudem ist die **Bewerbung für den Best Practice Award** offen, mit dem herausragende Kooperationsinitiativen von Forschung und Entwicklungspraxis geehrt werden.

Die Bewerbungsfristen für die Kurzfassung der Forschungsbeiträge sowie der Bewerbung für den Best Practice Award sind der **1. Mai** beziehungsweise der **1. Juni 2018**. Bitte senden Sie diese als pdf oder Word Dokument mit dem Betreff „PEGNet Conference 2018“ an [pegnet@ifw-kiel.de](mailto:pegnet@ifw-kiel.de). Der Einsendeschluss für die vollständigen Papiere sowie zusätzliches Material für den Best Practice Award ist der **1. August 2018**.

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Konferenzseite  
[www.pegnet.ifw-kiel.de](http://www.pegnet.ifw-kiel.de)



SOZIALE MEDIEN

# Wenn die Regierung falsche Nachrichten verbreitet

**Russlands Geheimdienst manipuliert Informationen im Internet – mit internationalen Folgen. In Russland selbst wird die Meinungsfreiheit zunehmend eingeschränkt.**

Von Drake Jamali

Seit zwei Jahrzehnten schwinden die bürgerlichen Freiheiten in Russland zusehends. Den gravierendsten Einschnitt gab es nach den Protesten zwischen 2011 und 2013, sagt Artem Kosljuk, Vorsitzender der Nichtregierungsorganisation (NGO) Ros-

und Bürgern allgemein. Verhaftungen und polizeiliche Schikane von Bloggern und Social-Media-Aktivist\*innen nehmen laut Kosljuk im ganzen Land weiter zu. Und es schein nicht so, als werde sich das bald ändern.

Bei einer Podiumsdiskussion der internationalen NGO Reporter ohne Grenzen in Berlin sagte Kosljuk: „Die Menschen sind weiter motiviert, gegen Aktionen der Regierung zu protestieren – soziale Medien spielen eine große Rolle dabei, diese Menschen miteinander zu verbinden.“ Er will nicht, dass sein Land wird wie China oder Nord-

täglich mit Regierungspropaganda bombardiert werden. Die investigative Journalistin Irina Borogan erwartet die Unterstützung der FANGs (Facebook, Apple, Netflix und Google): „Es wird immer schwieriger, an zuverlässige Informationen von diesen Organisationen zu kommen, weil der FSB die meisten Internetserver kontrolliert.“

In Russland ist es riskant geworden, über aus Regierungssicht heikle Geschichten zu berichten, also über Themen wie Korruption, Menschenrechte und russische Außenpolitik – insbesondere über die Kriege in Syrien und der Ukraine. Das Problem sei, dass so viel falsch über die Kriege berichtet werde, dass der normale Bürger nicht mehr verstehe, was passiert, sagt Borogan. Informationen darüber, was die Truppen in beiden Ländern tun, seien wohl verfügbar, „wenn man danach sucht“. Reportern, die das wagen, drohe aber Gefängnis. „Das ist es wert; wir sind Journalisten, es ist unser Job, über Themen zu berichten, die unser Land betreffen, positive wie negative“, sagt Borogan.

Noch riskanter sei es, über Korruption zu berichten, meint Roman Sacharow von der Glasnost Defence Foundation, „vor allem wenn es um die natürlichen Ressourcen Russlands geht“. Diese sind in der Regel im Besitz einiger weniger Oligarchen. Die Wahrheitssucher bemühen sich, Pro-Regierungspropaganda zu entlarven und wo nötig in Frage zu stellen. Im Februar sagte Sacharow Präsident Wladimir Putins Wiederwahl am 18. März voraus. Die meisten Russen seien anfällig für staatliche Propaganda und Fake News. Viele läsen nur Artikel in russischer Sprache und seien von ausländischen Quellen abgeschnitten.

Die Manipulationen des FSB haben internationale Folgen, warnt Sacharow. Dieser nutze eine ganze Armee von Social-Media-Bots, die jede Geschichte – ob wahr oder nicht – bedeutsam oder unbedeutsam erscheinen lassen können. Selbst Britanien und die USA seien von russischen Fake News betroffen gewesen, sagt Sacharow. Auch das Brexit-Votum und die US-Präsidentenschaftswahl 2016 seien von irreführenden Berichten von Russia Today beeinflusst gewesen – einer vom Kreml finanzierten englischsprachigen Medienorganisation.



Live-Übertragung auf verschiedenen Kanälen.

komsvoboda. Das russische Parlament, die Duma, hat dutzende Gesetze erlassen, die die Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit einschränken.

Der FSB (der staatliche Sicherheitsdienst Russlands und Nachfolger des KGB) verstärkte die Internetüberwachung und die Beobachtung von Bloggern, Journalisten

und korea, wo öffentlicher Widerspruch nicht existiert oder gefährdet ist. Für eine komplette staatliche Zensur sei Russland aber zu vielfältig und zu verbunden mit der Welt, argumentiert Kosljuk.

Social-Media-Plattformen sollten mehr Verantwortung übernehmen für die Inhalte, die sie zulassen – auch weil Nutzer

**LINK**

**Reporter ohne Grenzen:**

<https://www.reporter-ohne-grenzen.de>

## Die Schildkröten von Tripolis

In Libyen hat eine zivilgesellschaftliche Umweltorganisation vor kurzem eine Enzyklopädie veröffentlicht und möchte sie allen Haushalten zugänglich machen. Das Buch enthält Informationen über Umweltschutz – zum Beispiel über Mülltrennung. Dies ist in Libyen ein völlig neues Konzept.

„Das Buch ist Teil eines Projektes“, sagt Najwa Wheba. Ihre Gruppe veranstaltet auch Workshops mit Lehrern und ermutigt sie, die Informationen in den Schulen weiterzugeben. Sie ist Mitgründerin der zivilgesellschaftlichen Organisation Oxygen Association for Environment Protection.

„Das Buch besteht aus drei Kapiteln. Das erste handelt von Tieren und Pflanzen und ihrer Relevanz im ökologischen Gleichgewicht“, erklärt Wheba. „Das zweite Kapitel diskutiert das städtische Müllproblem und erklärt, warum Mülltrennung auf Haushaltsebene beginnen muss. Das dritte gibt Tipps für Handarbeiten mit Naturstoffen.“

„Schildkröten von Tripolis“ ist der Titel des Projektes, das sich mit den Schäden durch Plastik beschäftigt. „Meeschildkröten sterben, weil Plastiktüten wie Quallen aussehen und sie sie fressen“, erklärt Thurya Al-Sedig, die Vorsitzende von Oxygen.

Hanan Banooga gehört zu der Gruppe von Lehrern. Sie wollen ihren Schülern beibringen, zuhause Müll zu trennen. „Wir haben ein Team von Schülern aus verschiedenen Klassen, das sich ‚Umweltpolizei‘ nennt.“ Das Team nutzt drei große Tüten, um den Müll in der Schule und auf dem Schulhof separat zu sammeln. Eine ist für Plastik, eine für Papier und eine für biologisch abbaubaren Abfall.

Maher Alshahry, ein lokaler Umweltexperte, hält das Projekt für wichtig, obwohl es wenig Mittel hat und bisher noch nicht viel Unterstützung. „Es ist ein vielversprechender Anfang“, meint er, „und es macht Hoffnung.“ Er weist darauf hin, dass Regierungsstellen bezüglich Umweltfragen meist nichts sagten und sich wahrscheinlich nicht der Problematik bewusst seien. Eine saubere Umwelt hängt also von zivilgesellschaftlichem Engagement ab. Oxygen koordiniert das Projekt zusammen mit dem Stadtrat von Tripolis, gefördert von VNG International, einer holländischen Organisation, die Projekte für die EU durchführt.

### LINK

**Oxygen Association for Environment Protection:**  
<https://www.facebook.com/GroupO2/>



**MOUTAZ ALI**  
 ist Journalist und lebt in Tripolis.

[ali.moutaz77@gmail.com](mailto:ali.moutaz77@gmail.com)

## IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT  
 59. Jg. 2018  
 Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.  
 Internet: [www.DandC.eu](http://www.DandC.eu)  
 D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

**ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH**  
 Service für Entwicklungsinitiativen  
 Tulpenfeld 7  
 D-53113 Bonn  
 Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150  
[www.engagement-global.de](http://www.engagement-global.de)

**BEIRAT:**  
 Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,  
 Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

**VERLAG:**  
 FAZIT Communication GmbH  
 Geschäftsführer: Peter Hintereder und Hannes Ludwig

**ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:**  
 Frankenallee 71–81  
 D-60327 Frankfurt am Main  
 Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

**REDAKTION:**  
 Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk,  
 Katja Dombrowski, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth,  
 Dagmar Wolf (Assistenz)  
 Tel. (0 69) 75 01-43 66  
 Fax (0 69) 75 01-48 55  
[euz.editor@fazit-communication.de](mailto:euz.editor@fazit-communication.de)  
 Mittelung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über die Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter Societät GmbH (60%).  
 Art direction: Sebastian Schöpssdau  
 Layout: Jan Walter Hofmann  
 Übersetzung: Eleonore von Bothmer

**ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:**  
 FAZIT Communication GmbH  
 c/o InTime Media Services GmbH  
 Postfach 1363  
 D-82034 Deisenhofen  
 Tel. (0 89) 8 58 53-8 32  
 Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32  
[fazit-com@intime-media-services.de](mailto:fazit-com@intime-media-services.de)

**DRUCK:**  
 Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH  
 Kurhessenstraße 4–6  
 D-64546 Mörfelden-Walldorf

Der auszugsweise oder vollständige Nachdruck der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und in D+C Development and Cooperation veröffentlichten Beiträge ist mit Quellenangaben gestattet. Wir bitten jedoch um Übersendung von jeweils zwei Belegexemplaren. Diese pauschale Genehmigung bezieht sich nicht auf die im Blatt verwendeten Fotografien.

**BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:**  
 Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.



## GLOBALE ENTWICKLUNG

# Übersehene Fortschritte

**Die globale Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte war viel erfolgreicher, als weithin wahrgenommen wird. Die Stimmung ist oft schlechter als die Trends, welche die Statistiken der vergangenen Jahrzehnte belegen.**

Von Matthias Meis

Beachtlichen Fortschritt hat es beispielsweise bei der Gesundheit gegeben, wie internationale Daten zeigen. Die Pocken gelten demnach als besiegt. Polio ist es fast. 1988 gab es weltweit noch 350 000 Neuinfektionen, die aktuelle Vergleichszahl ist zweistellig. 2013 gab es 41 Prozent weniger Tuberkulosepatienten als 1990 bis 2013, und die Sterberate liegt um 45 Prozent niedriger. 7,6 Millionen Todesfälle wegen Aids wurden zudem durch kostenfreie Behandlung mit antiretroviralen Medikamenten von 1995 bis 2014 abgewendet.

Auch in anderen Sektoren gibt es positive Trends. In Indien hatten beispielsweise 1990 nur 70 Prozent der Bevölkerung Zugang zu sauberem Trinkwasser; 2015 waren es 94 Prozent. In China stieg die entsprechende Quote in derselben Zeitspanne sogar von 66 Prozent auf 95 Prozent – und in Ghana von 55 Prozent auf 89 Prozent.

Auch der Anteil extrem armer Menschen an der Weltbevölkerung hat dra-

matisch abgenommen. Von 1,1 Milliarden Menschen auf der Erde lebten 1820 rund 90 Prozent am Rande des Existenzminimums. 1970 galt das noch für 60 Prozent von 3,6 Milliarden, aber 2011 nur noch für 14 Prozent von mittlerweile 7 Milliarden Menschen.

Nun mögen einige sagen, das Bevölkerungswachstum selbst sei ein Problem. Das stimmt – aber sein Tempo wurde verlangsamt und der Scheitelpunkt dürfte bei maximal 11 Milliarden Menschen erreicht werden. Danach wird die Weltbevölkerung den derzeitigen Trends zufolge wieder abnehmen.

Vielfach herrscht aber der Eindruck, alles werde immer schlimmer. Viele Bürger zweifeln deshalb auch am Sinn der Entwicklungspolitik. Dafür gibt es drei wichtige Gründe:

- Media verkaufen sich schlechte Nachrichten viel besser als gute. Dadurch entsteht der falsche Eindruck, früher sei alles viel besser gewesen.
- Die Entwicklungspolitik der Gebernationen wird zu häufig an ihrem Input gemessen. Als erfolgreich gelten Entwicklungsminister, die viel Geld mobilisieren und beispielsweise das jahrzehntealte Versprechen erfüllen können, 0,7 Prozent der

Wirtschaftsleistung des Landes für Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) bereitzustellen. Die Steuerzahler wollen aber auch wissen, was dieser Aufwand bewirkt. Im Gegensatz zum Mittelaufwand lässt sich das aber nicht unbedingt in Euro und Cent exakt beziffern, und das hat unmittelbar mit dem dritten Faktor zu tun.

- Die Menschheit steht vor vielen großen Problemen, die nur mit vielen kleinen Einzelschritten gelöst werden können. Wer Armut bekämpfen will, muss auf verschiedenen Ebenen ansetzen – lokal, national wie auch global. Von der Ernährung über Arbeit, Bildung und Gesundheit bis hin zur Altersversorgung. Wer das Klima schützen will, muss sich für alternative Energien und Energieeffizienz in Industrie, Landwirtschaft, Verkehr und Privathaushalten einsetzen. Die Handlungsoptionen sind kleinteilig und multidimensional. Viele unterschiedliche Akteure müssen Verantwortung übernehmen.

Es ist bizarr, dass viele Menschen glauben, die Armen würden immer ärmer, während tatsächlich der Anteil der existenziell Armen der Weltbevölkerung seit Jahrzehnten abnimmt. Diesen langfristigen Trend hat auch die globale Finanzkrise von 2008 nicht umgekehrt.

Staatliche und nichtstaatliche Akteure der Entwicklungspolitik müssen Entwicklungserfolge deutlicher herausstellen. Es geht nicht darum, zu behaupten, jeder Erfolg lasse sich kausal auf ODA zurückführen. Das ist bei komplexen Zusammenhängen nicht möglich. Es ist indessen auch klar, dass ODA nicht völlig nutzlos sein kann, wenn die Ziele, für die diese Mittel aufgewendet werden, tendenziell erreicht werden oder in Reichweite rücken.

Wir müssen Resignation und Mutlosigkeit entgegenwirken. Die Menschheit steht nämlich weiterhin vor großen Herausforderungen, zu deren Meisterung große gemeinsame Anstrengungen nötig sind. Gelingen wird das nur, wenn wir uns klar machen, dass wir schon viel erreicht haben – und noch mehr erreichen können.



**MATTHIAS MEIS**  
leitet das Strategiereferat im  
Leitungsstab des  
Bundesministeriums für  
wirtschaftliche

Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).  
matthias.meis@bmz.bund.de



**Polio ist mittlerweile fast besiegt: Impfung in Liberia.**

## LUFTQUALITÄT

# Wie 50 Zigaretten am Tag

**Delhi ist für seine extreme Luftverschmutzung bekannt. Aber das Thema betrifft nicht nur die Hauptstadtregion Indiens. Auch verschmutzte Raumluft ist ein großes Problem.**

Von Roli Mahajan

Ashwinis vier Jahre alte Tochter hat seit November einen hartnäckigen Husten und Kratzen im Hals. Laut Doktor ist ihre Lunge wegen Delhis Luftverschmutzung entzündet. Ashwini muss zu Hause Luftreiniger benutzen und darf ihr Kind, das diesen Winter schon mehr als 20 Fehltage in der Schule hat, nicht aus dem Haus lassen.

Der 30-jährige Vikas, der bereits eine Krebserkrankung hinter sich hat, klagt über den harten Winter. Er hat Atemnot und war deswegen auch schon in der Notaufnahme. Ihm wurde ebenfalls geraten, zu Hause einen Luftreiniger zu benutzen.

Arme sind überproportional von Luftverschmutzung betroffen. Sie können sich keine Luftreiniger oder qualitativ hochwertige Atemschutzmasken leisten. Außerdem können sie sich nicht in geschützten Räumen wie Autos, Büros oder guten Apartments aufhalten.

Die Luftverschmutzung stört auch Ausländer. Mariela Cruz Alvarez, Botschafterin von Costa Rica in Indien, beschreibt in einem Weblog, wie in Indien ihre Gesundheit beeinträchtigt ist. Jedes Jahr bei Wintereinbruch wird in den Medien die schlechte Luft in Delhi behandelt. Dieses Jahr war das nicht anders. Ende Oktober 2017 wurde an einigen Messstationen ein Wert von 999 auf dem Air Quality Index (AQI) gemessen. Laut Experten entspricht das dem Rauchen von 45 bis 50 Zigaretten pro Tag. Die Indian National Medical Association erklärte den „öffentlichen Gesundheitsnotstand“, und Arvind Kejriwal, Chief Minister von Delhi, verglich die Hauptstadt Indiens mit einer „Gaskammer“.

AQI basiert auf der Messung von Feinstaub (PM2.5), kleinste Partikel, die von Verbrennungsmotoren ausgestoßen werden. Es kann durch die Lunge in die Blutbahnen dringen und Menschen krank machen. Feinstaub kann zum Beispiel Herz-

und Atemprobleme verursachen. Laut einer Studie des Wissenschaftsjournals The Lancet führten die verschiedenen Umweltverschmutzungen 2015 zu 2,5 Millionen Toten in Indien. Das war weltweit die höchste Zahl. Die Weltgesundheitsorganisation erklärte, dass von den 20 weltweit am schlimmsten verschmutzten Städten die Hälfte in Indien liegen. In der Tat ist die Luftqualität von Orten wie Gwalior, Allahabad oder Patna sogar schlimmer als die von Delhi. Dennoch scheint die indische Regierung dies zu igno-



Smog in Delhi.

rieren. Die Zentralregierung berichtet dem Parlament im Februar, dass es keine schlüssigen Daten gebe, die belegten, dass es eine direkte Korrelation zwischen Luftverschmutzung und Tod oder Krankheit gebe.

Aber nicht alle Behörden denken so. Der Supreme Court von Indien hat das Umweltministerium aufgefordert, landesweit tätig zu werden. Die Richter haben betont, dass das Problem nicht nur die Hauptstadt betrifft. Trotzdem hat das Central Pollution Control Board, das dem Umweltministerium untersteht, den Betrieb von 400 Wärmekraftwerken, die Schadstoffe über dem offiziellen Grenzwert ausstoßen, für bis zu fünf weitere Jahre erlaubt. So wird sich die Situation kaum verbessern.

Wärmeerzeugung verursacht rund 90 Prozent der Luftverschmutzung. Wiederum positiv ist, dass das National Green

Tribunal beschlossen hat, dass neue Wärmekraftwerke erst dann eine Umwelt-Freigabe erhalten, wenn sie sich an die neuen Richtlinien halten.

Ländliche Gebiete sind auch von Luftverschmutzung betroffen. Studien des Indian Institute of Technology Bombay und des Health Effects Institute belegen, dass 75 Prozent der luftverschmutzungsbedingten Todesfälle dort passieren. Dabei spielt auch die Luftverschmutzung der Innenräume, die meist durch das Kochen mit Kohle, Holz oder Kuhdung verursacht wird, eine Rolle. Wie der Health of the Nation's States Report der indischen Regierung veranschaulicht, verbessert sich die Luftverschmutzung der Innenräume aber seit 1990. Die Verschmutzung der Außenluft wird hingegen immer schlimmer. Zusammen sind sie für zehn Prozent der

Krankheiten im Jahr 2016 verantwortlich und stehen an Rang 2, nur übertroffen von Mangelernährung bei Kindern und Müttern.

Der nationale Kampf gegen Luftverschmutzung braucht mehr als Kurzschlussreaktionen, die sich nur auf die Hauptstadtregion konzentrieren. Indien braucht durchschlagende und langanhaltende Erfolge, um die Luftqualität zu verbessern. Gesunde Arbeitskräfte und eine förderliche natürliche Umgebung sind entscheidend, damit unser Land die Erfolge seiner zwar langsamer, aber immer noch wachsenden Wirtschaft voll genießen kann.



**ROLI MAHAJAN**  
ist freie Journalistin aus Delhi.

[roli.mahajan@gmail.com](mailto:roli.mahajan@gmail.com)

HANDELSPOLITIK

# Trump drangsaliert

**US-Präsident Donald Trump erhebt neue Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte. Die Handelspartner der USA dürfen sich nicht erpressen lassen. Auch Handelskonflikte mit China müssen im Rahmen der WTO gelöst werden.**

Von Hans Dembowski

Die Zölle betragen 25 Prozent auf Stahl- und zehn Prozent auf Aluminiumimporten. Als dieser Kommentar vor der Osterpause verfasst wurde, waren Kanada, Mexiko, die EU und andere enge US-Alliierte zunächst einen Monat lang ausgenommen. Andere Partner – wie Japan beispielsweise – konnten Ausnahmen beantragen. Wie es dann im Mai weitergeht, sollten Verhandlungen klären.

Das Weiße Haus kündigte derweil gleich weitere Zölle im Wert von bis zu 60 Milliarden Dollar an, um High-Tech-Importe aus China zu begrenzen. Laut Trump sind Chinas Handelspraktiken – etwa im Blick auf intellektuelle Eigentumsrechte – unfair. Auch sollen chinesische Investitionen in den USA eingeschränkt werden. Zudem will die US-Regierung die Welthandelsorganisation (WTO – World Trade Or-

ganization) anrufen. Der letzte Punkt entspricht EU-Forderungen. Tatsächlich finden auch andere WTO-Mitglieder chinesisches Gebaren problematisch, und die WTO ist das richtige Forum, um derlei zu klären. Ob Trump diesen Weg aber ernsthaft beschreiten will, bleibt unklar. Seine Rhetorik zeigt, dass er am liebsten unilateral agiert.

Seine Zölle können einen destruktiven Handelskrieg auslösen, der alle Volkswirtschaften belastet. Wenn betroffene Länder nicht entschlossen reagieren, ermutigen sie Trump zu weiteren Drangsulierungen und Erpressungen. Weil Vergeltungszölle Trump aber zu weiteren Zöllen motivieren könnten, droht eine Eskalation, die überall zu konsequentem Protektionismus führt und die Lieferketten, von denen Unternehmen weltweit abhängen, unterbricht. China hat schon Maßnahmen in Reaktion auf die Metallzölle angekündigt und zeigt sich entschlossen, auch andere Restriktionen zu sanktionieren.

## FADENSCHINGIGES ARGUMENT

Trump behauptet, die Stahl- und Aluminiumzölle dienten der nationalen Sicherheit. Der Hintergrund ist, dass die WTO-Regeln

Regierungen in diesem Fall großen Spielraum geben. Allerdings ist Trumps Standpunkt wenig glaubwürdig, denn er will mit ebendiesen Zöllen in Handelsgesprächen Druck machen. Es gibt jedoch keinerlei Anzeichen für Metallmangel in der US-Rüstungsindustrie.

Wenn die nationale Sicherheit der USA von einer heimischen Stahl- und Aluminiumindustrie abhängt, dürften Kanada, Mexiko und andere Verbündete nicht einmal befristet von Zöllen ausgenommen werden. Wenn dagegen die Waffenhersteller in den USA auf Lieferungen aus diesen Ländern vertrauen können, müssten diese permanent davon befreit werden. Wenn die Zölle ein handelspolitisches Druckmittel sind, sind sie allerdings völlig inakzeptabel. Vermutlich will Trump aber in erster Linie seine Parteibasis begeistern und von seinen vielen Skandalen – Russland, Pornostar, Selbstbereicherung et cetera – ablenken.

Auf das fadenscheinige Argument „nationale Sicherheit“ sollte sich niemand einlassen. Andere WTO-Mitglieder müssen darauf bestehen, dass die Regeln für alle gelten. In diesem Sinne sollte auch die WTO selbst das Thema behandeln.

Verbündete der USA sind nicht gut beraten, wenn sie Kompromisse mit dem Weißen Haus schließen, um langfristig von den Zöllen ausgenommen zu werden. Es geht ums Prinzip. Wer jetzt nachgibt, erlebt bald wieder Gängelei und Erpressung. Bezeichnenderweise gelten die Ausnahmen für Japan nicht, dessen Premierminister Shinzo Abe sich seit Trumps Wahlerfolg größte Mühe gibt, ihm zu schmeicheln und möglichst nicht zu widersprechen. Der US-Präsident hält ihn offensichtlich für schwach.

Leider unterhöhlt die Trump-Regierung das WTO-Streitschlichtungsverfahren seit geraumer Zeit. Washington blockiert die Berufung neuer Schiedsrichter – und ohne eine ausreichende Anzahl dieser Fachleute werden Entscheidungen in einigen Monaten unmöglich werden (siehe E+Z/D+C e-Paper 2018/03, Seite 4). Dann werden WTO-Urteile nicht mehr Strafzölle legitimieren, und Handelskonflikte werden noch schwerer zu lösen sein. Der Welthandel steuert auf eine anarchische Phase zu.

Zusätzliche Spannungen drohen, wenn die US-Regierung die Umsatzsteuer von drei Prozent, die die EU Internet-Unternehmen abverlangen will, als Handelshemmnis bewertet. Richtig ist, dass sie die



Trump lud Stahlarbeiter ein, bei der Unterschrift des Zollerlasses zuzuschauen.

FAANGs (Großkonzerne wie Facebook, Amazon, Apple, Netflix und Google), die in den USA beheimatet sind, belasten würde (siehe auch Interview auf S. 18 dieses e-Papers). Die Steuer würde aber den Wettbewerb gar nicht verzerren, weil sie alle Internetunternehmen ab einer bestimmten Größe gleichermaßen beträfe.

Solche Konflikte dürfen nicht zu einem Handelskrieg eskalieren. EU-Spitzenpolitiker haben aus gutem Grund erklärt, sie würden keine Konzessionen machen, um dauerhaft von den neuen Metallzöllen der USA befreit zu werden. Obendrein bestanden sie darauf, Konflikte im WTO-Kontext zu klären. Das ist richtig – geht nur, wenn das Streitschlichtungsverfahren handlungsfähig bleibt. Dieses Thema muss die EU in Gesprächen mit Washington auf die Tagesordnung setzen.

### REGIONALE ABKOMMEN

In gewissem Umfang können regionale Handelsgemeinschaften und Meta-Abkommen zwischen ihnen den Schaden be-

grenzen. Es ist vielversprechend, dass die Trans-Pazifik-Partnerschaft, aus der Trump 2017 ausgestiegen ist, nun doch zustande gekommen ist. Die Mitglieder wollen ein regelgebundenes System und wären wohl auch bereit, weitere Partner aufzunehmen. Das ist aber leichter gesagt als getan. Handelsabkommen sind hochkomplexe Angelegenheiten, weil sie vielfältige Interessen berühren. Dass Pläne der Afrikanischen Union für eine kontinentweite Freihandelszone vorankommen, ist jedenfalls auch zu begrüßen.

Trump ist nicht für verantwortungsvolle Diplomatie bekannt. Er gibt an, schikaniert und lügt. Oft wechselt er danach seinen Standpunkt. Es passt ins Bild, dass er nun den Ultrafalken John Bolton zu seinem Sicherheitsberater berufen hat. Bolton steht rechts außen und war als UN-Botschafter von George W. Bush einer der aggressivsten Befürworter des Irakkriegs.

Bolton spricht sich für militärisches Handeln gegen Nordkorea und Iran aus, was Trump gefallen dürfte. Andererseits ist Bolton im Gegensatz zum Präsidenten

ein scharfer Russlandkritiker. Vielleicht ist seine Berufung nur Säbelrasseln. Da der Iran eng mit Russland verbündet ist, ist es absurd, einem der beiden Länder mit Krieg zu drohen und mit dem anderen auf Entspannung zu setzen. Es gibt kein Anzeichen dafür, dass es Trump gelänge, die beiden Verbündeten zu spalten. Im Gegenteil: Die Beziehungen zwischen Washington und Moskau sind so schlecht wie schon lange nicht mehr. Eine kohärente US-Strategie ist nicht zu erkennen.

Die internationale Staatengemeinschaft braucht verlässliche Regeln. Sie sollte dem erratischen Staatschef im Weißen Haus geschlossen gegenüber treten, um die Funktionstüchtigkeit der WTO zu verteidigen. Grundsätzlich muss sie alle multilateralen Institutionen vor Unterhöhnungsversuchen aus Washington schützen.



**HANS DEMBOWSKI**  
ist Chefredakteur von  
**E+Z/D+C.**  
euz.editor@fazit-communication.de



Werden Sie  
unser Fan auf  
Facebook!



MACHTWECHSEL

# Neue Besen kehren im Süden Afrikas

**Im südlichen Afrika haben 2017 innerhalb von drei Monaten zwei der dienstältesten Präsidenten in den Ruhestand gewechselt: Eduardo dos Santos, der Angola seit 1979 regiert hatte, und Robert Mugabe, in Simbabwe seit 1980 im Chefessel. Nicht ganz so lange hielt sich Jacob Zuma in Südafrika an der Macht: Er hatte das Amt des Staatsoberhauptes 2009 nach der Demontage von Präsident Thabo Mbeki übernommen. Im Februar musste er nach jahrelangem Machtmissbrauch schließlich das Feld räumen. Wie viel Erneuerung die jeweiligen Nachfolger im Amt bringen werden, bleibt abzuwarten.**

Von Henning Melber

Nach 38 Jahren an der Staatsspitze machte Angolas Präsident Eduardo dos Santos den Weg frei für einen Jüngeren – aus Gesundheitsgründen. Seit September lenkt João Lourenço, Jahrgang 1954, die Amtsgeschäfte. Ihm haftet der seltene Ruf eines integren Politikers an, dessen Lebensstil nicht dem obszönen Luxus der „Öligarchie“ frönt. Er soll für neues Vertrauen in die MPLA-Regierung sorgen. Deren Glaubwürdigkeit litt schon lange innerhalb der Bevölkerung, die vom Ölboom außer steigenden Lebenshaltungskosten nie etwas hatte. Trotz massiver Repressionen gab es immer mehr Protestaktionen gegen das Regime. So wurde ein Wechsel immer dringlicher – zumal die vom Sturz des Ölpreises arg gebeutelte Wirtschaft eine stabilisierende Aufbauspritze benötigt.

Lourenço überraschte durch einen unerwartet unnachgiebigen Feldzug gegen die grassierende Korruption auf höchster Ebene. Selbst die vier Kinder von Dos Santos, die sich dank der Protektion ihres Vaters an die Schalthebel der Wirtschaft in den staats-eigenen Betrieben manövriert hatten, blieben nicht verschont. Isabel dos Santos, die als reichste Frau Afrikas gilt, wurde gar das Imperium des staatlichen Ölkonzerns Sonangol abgenommen. Auch zahlreiche Mini-

ster und andere höhere Amtsträger mussten Federn lassen.

Lourenço kündigte außerdem eine Gnadenfrist für den Rücktransfer der in Steueroasen versteckten Gelder an, die auf 30 Milliarden Dollar geschätzt werden. Danach sollen die Veruntreuungen und Steuerhinterziehungen juristisch geahndet werden. Damit setzte er zumindest symbolisch ein deutliches Zeichen. Allerdings bleibt abzuwarten, wie ernst es dem neuen Besen wirklich damit ist, den Stallmist auszukehren – beziehungsweise welchen Handlungsspielraum ihm die etablierte Machtelite dafür zubilligt.

## ENDE EINES DESPOTEN

Dem geordneten Stabwechsel in Angola folgte Mitte November 2017 überraschend der sanfte Coup durch das Militär in Simbabwe (siehe mein Beitrag in E+Z/D+C e-Paper 2018/1, S. 13). Seit der Unabhängigkeit 1980 hatte das einstige Juwel Afrikas unter der Fuchtel Robert Mugabes gestanden, der auch mit 93 Jahren keinesfalls an den Ruhestand dachte. Noch kurz zuvor hatte ihn die ZANU-PF (Zimbabwe African National Union-Patriotic Front) zum Kandidaten für die nächsten Präsidentschaftswahlen nominiert. Erst als er seine Frau Grace als Nachfolgerin installieren wollte und daranging, ihre Konkurrenten aus dem Weg zu räumen, überreizte er die Karten.

Dass Mugabe seinen Stellvertreter und jahrzehntelangen treuen Gefolgsmann Emmerson Mnangagwa schasste, war ein Fehler, der ihn das Amt kostete. Das Militär griff ein, der Despot musste das Feld räumen, und heute sitzt Mnangagwa selbst im Chefessel. Teile der Bevölkerung jubelten ihm in der ersten Euphorie über den so lange erhofften Abgang Mugabes als Erlöser. Doch von Beginn an gab es die Befürchtung, der Teufel sei mit dem Beelzebub ausgetrieben worden.

In der Tat mehren sich die Zeichen, dass Mnangagwa keine Alternative zum

autoritären und repressiven Charakter des politischen Systems darstellt. Dass er am Machtwechsel beteiligte hochrangige Militärs in die Regierung berief, konnte kaum als vertrauensbildende Maßnahme missverstanden werden. Doch bestehen Hoffnungen, dass er den wirtschaftlich seit Jahrzehnten in den Dreck gefahrenen Karren wieder halbwegs flott kriegt. Um das Vertrauen ausländischer Investoren wiederherzustellen, kündigte der Staatschef sogar an, dass die im Zuge der Landreform um die Jahrtausendwende enteigneten Farmer eine Entschädigung bekommen. Doch auch hier gilt, wie im Falle der erhofften Reformen in Angola: Sehen ist Glauben.

## PALASTREVOLUTION

Hart zur Sache ging es in Südafrika. Zwei Exponenten unterschiedlicher Fraktionen konkurrierten um die Nachfolge des angeschlagenen Präsidenten Jacob Zuma an der Spitze des African National Congress (ANC): sein Vize Cyril Ramaphosa und seine Ex-Frau Nkosazana Dlamini-Zuma. Diese galt weithin als Zumas Rückversicherung, um seine missbräuchliche Amtsführung möglichst unversehrt zu überstehen. Ramaphosa hingegen wurde von vielen – insbesondere außerhalb des ANC – als Hoffnungsträger für ein Ende der Misswirtschaft gesehen.

Allerdings trug der stellvertretende Staatschef zumindest indirekt Mitverantwortung am Massaker von Marikana 2012, bei dem Polizisten Dutzende streikende Minenarbeiter ermordeten. Doch im Vergleich zu einer Nachfolgerin aus Zumas Umfeld lag die Präferenz beim früheren Gewerkschafter und erfolgreichen Geschäftsmann Ramaphosa. Das Wahlergebnis fiel dennoch nur knapp zu seinen Gunsten aus und dokumentierte so den Einfluss, den Zuma und seine Vasallen und Günstlinge noch hatten. In insgesamt sechs ANC-Führungspositionen wurde Ramaphosa mit drei Zuma-Loyalisten vermeintlich Läuse in den Pelz gesetzt.

Allerdings zeigte sich schnell, dass ein gerüttelt Maß an Opportunismus der Tendenz Vorschub leistete, am Thron des Staatspräsidenten zu sägen, um die eigene Haut zu retten. Mit Zunahme der Informationen hinsichtlich des Ausmaßes an Machtmissbrauch unter Zuma und Konsorten riss der Mehrheit der Mitglieder der Parteigremien der Geduldsfaden. Anfang Februar spitzte



Anhängerinnen von Cyril Ramaphosa feiern seine Wahl zum Präsidenten Südafrikas.

sich die Lage zu, und die Forderungen nach Zumas Rücktritt mehrten sich, um seinem Nachfolger in der Partei auch den Weg ins höchste Staatsamt freizumachen. Nach einem ähnlichen Tauziehen wie einige Monate zuvor in Simbabwe warf Zuma am 14. Februar das Handtuch, um einem Misstrauensvotum im Parlament zuvorzukommen.

Die Palastrevolution war vollzogen. Ihr Verlauf machte hingegen deutlich, dass Südafrika im Unterschied zu Simbabwe auch weiterhin ein Rechtsstaat ist, in dem die Politik innerhalb vorgegebener Richtlinien operiert. Die erhoffte Rekonvaleszenz des durch langjähriges Parasitentum geschwächten Patienten wird allerdings noch einige Zeit und Kraft erfordern. Auch bleibt abzuwarten, ob der Machtwechsel noch rechtzeitig genug erfolgte, um dem ANC auch in den nächsten Parlamentswahlen Mitte 2019 eine absolute Mehrheit zu sichern.

## GEWALTPOTENZIAL UND KORRUPTIONSSKANDALE

Auch in Sambia steht trotz einer deutlich jüngeren Politikergeneration nicht alles zum Guten: Ein ohnehin eher fragiles System wechselnder Regierungen sorgt unter den

autoritär-repressiven Tendenzen von Präsident Edward Lungu von der Patriotic Front für wachsende Unruhe. Dass sein Rivale Hakainde Hichilema von der UNDP (United Party for National Development) aus ähnlichem Holz geschnitzt ist, schürt das Gewaltpotenzial an.

Mosambik ist derweil von Korruptionsskandalen und zunehmenden Wirtschaftsproblemen geprägt. Der einstige Liebling der Gebergemeinschaft hat schon längst das Vertrauen verspielt. Mit der Entdeckung „versteckter Schulden“ von zwei Milliarden Dollar hat die Regierung jegliches Ansehen sowie erhebliche Entwicklungsgelder verloren.

Auf der Suche nach dem Positiven fällt der Blick auf die frühere deutsche Kolonie Namibia. Dort gibt es zwar ebenfalls Probleme: Das Land schlitterte 2016 in seine bislang dramatischste Wirtschaftskrise und steckt seither in einer Rezession, die fast zum Staatsbankrott geführt hätte. Viele vollmundig angekündigte Reformpläne blieben unverwirklicht, und in Namibia herrschen weiterhin große Einkommensunterschiede. Doch im Gegensatz zu den Nachbarländern, in denen ebenfalls ehemalige Befreiungsbewegungen an der Macht sind, verstand es die SWAPO (South West African People's

Organisation), seit der Unabhängigkeit 1990 ihre Vormachtstellung zu konsolidieren (siehe mein Beitrag in E+Z/D+C e-Paper 17/02, S. 18). Namibia kann auf eine beachtliche Stabilität ohne politisch motivierte Gewalt verweisen. Geordnete Wahlen und geregelte Amtszeiten von mittlerweile drei Präsidenten tragen zum positiven Image bei.

Doch auch in den Reihen der SWAPO brodeln es, denn das seit März 2015 amtierende, mit 86 Prozent der Stimmen direkt gewählte Staatsoberhaupt Hage Geingob ist nicht unumstritten. Der Parteikongress im November 2017, bei dem mehr als 600 Delegierte die Parteiführung neu wählten, wurde im Vorfeld von erbitterten Rivalitäten konkurrierender Fraktionen überschattet. „Team Hage“ überstand die Attacken ohne Blessuren und sicherte sich ein unerwartet eindeutiges Mandat: In alle Führungspositionen der Partei wurden Geingob und seine Gefolgschaft gewählt, und auch die Zusammensetzung des Zentralkomitees und Politbüros der Partei ist ohne nennenswerte Abweichung.

Es mehren sich die Zeichen, dass dies zu einer parteiinternen „Flurbereinigung“ führt, in der die Opponenten die Zeche für ihr unbotmäßiges Benehmen zahlen. Auf der Strecke bleiben könnte dabei das Demokratieverständnis. Präsident Geingobs Wie-



derwahl 2019 jedenfalls scheint gesichert. 2025 würde er dann als „Elder Statesman“ in den Ruhestand wechseln, falls ihn vorher nicht das Schicksal eines Mugabe oder Zuma ereilt. Denn trotz seiner unangefochtenen Führungsrolle nimmt die Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu. So muss er die Mammutaufgabe bewältigen, den seit seinem Amtsantritt schwindelerregenden wirtschaftlichen Niedergang rückgängig zu machen und der Bevölkerungsmehrheit ein besseres Leben zu ermöglichen. Dieses Versprechen nicht einzulösen würde ihm selbst und dem Image des Landes schaden.

### STAATSKLEPTOKRATIE

Um Südafrika wieder in innenpolitisch ruhigere Gewässer zu steuern, muss sich Präsident Ramaphosa – der einst Nelson Mandelas bevorzugter Nachfolger war – einer ähnlichen Aufgabe widmen, wie sie die anderen „Neulinge“ und Geingob zu bewältigen haben. Eine halbwegs geregelte Regierungsverantwortung, die der organisierten Plünderung von Ressourcen unter staatlicher Kontrolle ein Ende setzt, ist die Voraussetzung für die dringliche Erholung der Wirtschaft und bessere Regierungsführung.

Mit der Entmachtung Zumas alleine ist das nicht getan. Er personifizierte ein System, das die gesamte Struktur des Staats und seiner Betriebe zur persönlichen Bereicherung unter Kontrolle brachte. Auch in Südafrika gilt wie in Angola und Simbabwe trotz aller Unterschiede, dass sich die Staatskleptokratie in einem Ausmaß verfestigte, dass es mit dem bloßen Wechsel des Staatsoberhauptes längst nicht getan ist. Eine wirtschaftliche Erholung käme dabei nicht nur dem Lande – und hoffentlich der Mehrheit in der Bevölkerung – zugute, sondern der gesamten Region. Schließlich gilt noch immer: Wenn Südafrika hustet, haben die Anrainerstaaten die Grippe. Doch auch wenn es unter Ramaphosa zu der erwarteten relativen Stabilisierung kommen sollte, wäre damit die allgemeine Flurbereinigung in der Region keinesfalls vorüber.

Es besteht weiterhin die Frage, was demnächst in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) passiert. Sollte es dort nicht bald zu einem halbwegs friedlichen Machtwechsel kommen, wären die Konsequenzen nicht nur für die dort lebenden Menschen fatal. Nicht zuletzt Südafrika hätte mit einer weiter steigenden Zahl von Flüchtlingen zu rechnen. Auch die Gastfreundschaft an-

derer Nachbarstaaten würde wohl auf eine harte Probe gestellt.

Joseph Kabila übernahm zehn Tage nach der Ermordung seines Vaters im Januar 2001 in der DRK die Macht. 2006 und 2011 wurde er durch eher zweifelhafte Wahlen im Amt bestätigt. Sein Versprechen, spätestens Ende 2017 die Macht abzugeben, hat er gebrochen; nun soll zur Jahresmitte 2018 ein Nachfolger gewählt werden. Doch der relative Friede ist schon lange gestört, und immer wieder führten politisch motivierte Proteste zu zahlreichen Toten. Zugleich eskalierte erneut ethnisch motivierte Gewalt im Nordosten des Landes so sehr, dass wieder einmal Tausende von Flüchtlingen Schutz im benachbarten Uganda suchen. So hat die 16 Länder umfassende Southern African Development Community (SADC), die weithin als die friedlichste Region auf dem Kontinent gelobt wird, derzeit viel zu tun.



**HENNING MELBER**  
ist Senior Research Associate  
am Nordic Africa Institute und  
Extraordinary Professor der  
Universitäten in Pretoria und

Bloemfontein.

[henning.melber@nai.uu.se](mailto:henning.melber@nai.uu.se)



Im Kongo steht der Machtwechsel noch bevor: Präsident Joseph Kabila nach seiner umstrittenen Wiederwahl 2011.

ASIATISCHE VOLKSWIRTSCHAFTEN

# Neue grenzüberschreitende Wettbewerbspolitik

**Zunehmend beherrschen die Plattformen einiger multinationaler Konzerne das Internet. Um effektiven Wettbewerb zu schaffen, sind internationale Standards nötig, wie zwei Ökonomen der Asiatischen Entwicklungsbank (Asian Development Bank – ADB) erläutern.**

**Yasuyuki Sawada und Cyn-Young Park im Interview mit Hans Dembowski**

**Was bedeuten die FAANGs – Unternehmen wie Facebook, Amazon, Apple, Netflix und Google – für Asien?**

**Sawada:** 2017 hat die ADB zusammen mit dem Weltwirtschaftsforum (World Economic Forum – WEF) einen Bericht vorgelegt, der bestätigte, dass bestimmte Plattformen den Weltmarkt dominieren. Google kommt auf 90 Prozent der Suchmaschinenanfragen, Facebook kontrolliert 77 Prozent der sozialen Medien und über Amazon laufen 75 Prozent des Online-Handels. Eine Handvoll Großkonzerne hat also fast Monopol-

stellungen, und das wirkt sich in der Tat auf Asien aus – mit Vor- und Nachteilen. Am wichtigsten ist, dass die Plattformen kleinen und mittleren Unternehmen (small and mid-sized enterprises – SMEs) wertvolle neue Chancen verschaffen. Sie haben jetzt zu geringen Kosten Zugang zum Weltmarkt. Selbst ein pazifischer Inselstaat wie Fidschi ist in diesem Sinn nicht mehr abgelegen. Das ist sehr gut. Es fördert Wachstum, wenn kleine Privatunternehmen florieren und Skalenerträge erzielen. Andererseits besteht das Risiko, dass Monopole ausgenutzt werden. Ob die FAANGs das tun, ist schwer zu sagen und letztlich eine empirische Frage.

**VWL ist aber eine Modellwissenschaft, und eine Kernthese besagt, dass Marktakteure ihren Nutzen maximieren. Theoretisch steht fest, dass Monopole irgendwann ausgenutzt werden.**

**Sawada:** Deshalb brauchen wir eine neue Art von grenzüberschreitender Wettbewerbspol-

itik. Es ist vielfach empirisch belegt, dass Wettbewerb infolge niedriger Eintrittsschwellen die Produktivität in Branchen antreibt, was wiederum das Wachstum beschleunigt. Die internationale Gemeinschaft braucht einen Rechtsrahmen, um private Daten und intellektuelles Eigentum zu schützen. Das ist für fairen Wettbewerb nötig. Bislang haben wir das nicht – weder in Asien noch weltweit.

**Park:** Wichtig ist auch, ob asiatische Volkswirtschaften ihre eigenen Plattformfirmen hervorbringen können. Die SMEs profitieren von den bestehenden Möglichkeiten, aber ihre Vorteile wären vielleicht noch größer, wenn zwischen Plattformen mehr Wettbewerb herrschen würde. China und Indien haben jeweils mehr als eine Milliarde Menschen, und dort entstehen heimische Plattformen. Diese Länder können vielleicht auch den nötigen Rechtsrahmen definieren, was für kleinere Volkswirtschaften in Asien vermutlich nicht gilt. In China und Indien wachsen Internetplattformen sogar recht schnell, was unter anderem an Sprachvorteilen liegen dürfte. Aber schützen sie auch die Privatsphäre und das intellektuelle Eigentum ihrer Nutzer? Internationale Standards wären nützlich, um wirkungsvollen Wettbewerb zu schaffen, und zwar sowohl auf den Plattformen als auch zwischen ihnen. Die Regeln sollten obendrein zu Innovation ermuntern.



**Google-Suche in einem thailändischen Internetcafé.**

**Was ist mit Steuern? Die Internetriesen zahlen bislang kaum Steuern.**

**Park:** Ja, die Weltgemeinschaft braucht auch Steuerregeln. Interessanterweise hat Indien nun erklärt, Internettransaktionen, an denen Nutzer in Indien beteiligt sind, fänden in Indien statt. Implizit heißt das, sie können in Indien besteuert werden. Auch hat die indische Wettbewerbsbehörde Google eine Strafe in Höhe von 21 Millionen Dollar auferlegt. Zu bedenken ist auch, dass Plattformen wie Uber oder AirBnB, die günstige Fahrten und Übernachtungen vermitteln, in gewisser Weise die Schattenwirtschaft sichtbar machen. Das erweitert die Steuerbasis, denn auf formalisierte Zahlungen lassen sich Steuern erheben. Es geht aber nicht nur um Staatseinnahmen, sondern auch darum, die richtigen Anreize zu schaffen. Internetplattformen werden bislang nicht einheitlich besteuert, also wählen sie Standorte nach Steuerkriterien. Um Schlupflöcher zu schließen, brauchen wir internationale Regeln für multinationale Plattformen.

**Wer ist für internationale Regeln zuständig?**

**Sawada:** Die OECD – die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – kümmert sich um Steuerfragen. Die Welthandelsorganisation (WTO) arbeitet an Regeln für den Online-Handel. Die UN können auch eine Rolle spielen. Die G20 sind ein offensichtliches Forum für internationale Fragen, und sie haben bereits einschlägige Fragen diskutiert. All das hat aber noch nicht zu wirksamen Regeln geführt.

**In Europa setzt die EU Internetregeln durch. Wie sieht es in Asien aus?**

**Sawada:** Die ADB befürwortet regionale Integration, bei der Nationen größere Märkte schaffen und Interessen gemeinsam verfolgen. Am weitesten vorangekommen ist bislang vermutlich ASEAN, und bei dem „ASEAN+3“-Format sind sogar China, Südkorea und Japan noch mit dabei. ASEAN+3 hat aber bislang weder die Geschlossenheit noch die Macht der EU. Es wurde allerdings kürzlich ein asiatisches Forum der Wettbewerbsbehörden geschaffen. Das ist vielversprechend. Das Thema bekommt wachsende Aufmerksamkeit. Die junge Wettbewerbsbehörde der Philippinen wurde erst vor zwei Jahren gegründet.

**Amazon und Alphabet, die Muttergesellschaft von Google, sind auch führende Unternehmen auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz (artificial intelligence – AI). Machen Sie sich Sorgen, dass Automatisierung die jungen Industriebranchen in Asien beeinträchtigt und Arbeitskräfte massenhaft überflüssig macht?**

**Sawada:** Nicht alles, was technisch möglich ist, rechnet sich auch betriebswirtschaftlich. Es stimmt sicherlich, dass Roboter immer besser werden, aber bislang ersetzen sie noch keine Näherinnen in Bangladesch. Niedrige Lohnkosten bleiben ein wichtiger Wettbewerbsfaktor. Langfristig kommt der Wandel selbstverständlich. AI-Fortschritte können nicht nur in der Industrie, sondern auch bei Unternehmensdienstleistungen wie etwa Callcentern Beschäftigung zunichtemachen. Zugleich dürften aber andere Branchen stärker werden. Wenn wegen AI die Produktivität steigt, wachsen Einkommen und Märkte expandieren. Netto ist das Ergebnis des technischen Fortschritts positiv, aber wir müssen sicherlich die Friktionen minimieren. Die große Frage ist, ob Wandel zu mehr Gleichheit oder mehr Ungleichheit führt. Letztlich wird Umverteilung nötig sein. Staaten müssen in die Qualifikation der Menschen investieren.

**Park:** Zweifellos ist kluge Steuer-, Sozial- und Umverteilungspolitik nötig – und zwar auf nationaler und internationaler Ebene. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass es auf Fairness und Chancengleichheit ankommt – und deshalb ist es vordringlich, die Investitionen in die Infrastruktur deutlich zu erhöhen. Entwicklungsländer brauchen eine bessere digitale Infrastruktur, und die multinationalen Konzerne, die davon profitieren, sollten dazu einen Beitrag leisten. Es ist richtig, sich Gedanken über die Schattenseiten aktueller Trends zu machen, aber es ist wichtiger, dafür zu sorgen, dass alle an den Vorteilen teilhaben.

**Facebook bietet unter dem Schlagwort „Free Basics“ an, armen Menschen in abgelegenen Regionen Zugang zu einer begrenzten Anzahl von Websites gratis zu verschaffen. Führt das in die richtige Richtung?**

**Park:** Wie mittlerweile alle begriffen haben, gibt es im Internet nichts gratis. Was nicht mit Geld bezahlt wird, wird mit Daten bezahlt – und Daten wegzugeben bedeutet Chancen wegzugeben. Die großen Plattfor-

manbieter sind daran interessiert, in die Infrastruktur zu investieren, weil sie dann auch mehr Nutzer mit riesigen Netzwerkeffekten erreichen können. Weil Geld- und Datenströme erfasst werden müssen, ist es aber sehr schwierig, eine faire Lastenverteilung festzulegen. Sicherlich steht Menschen im ländlichen Raum auch voller Internetzugang zu. Internetzugang kann als öffentliches Gut verstanden werden, und für die Versorgung mit öffentlichen Gütern sind kluge Politik und kompetente Regulierung nötig. Gutes Staatshandeln erfordert wiederum solides Wissen. Das Problem ist, dass der Wandel sehr schnell stattfindet.

**Sawada:** Heute weiß niemand, wohin die Entwicklung geht. Wir müssen unser Bestes tun, um die Trends zu verstehen und die aktuelle technologische Revolution optimal zu nutzen. Die ADB hat deshalb eine neue Abteilung für Digitalisierung eingerichtet. Derweil steht aber fest, dass Asien massive Infrastrukturinvestitionen braucht, damit das Wachstum anhält und globale Klimaziele erreicht werden. Laut ADB-Schätzungen sind jährlich 1 700 Milliarden Dollar nötig. Multilaterale Entwicklungsbanken wie die ADB können dazu nur ein paar Prozent beitragen. In dieser Lage hat die ADB mit der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) in Peking Zusammenarbeit vereinbart. Einige kofinanzierte Projekte laufen bereits. Wir müssen mit unseren begrenzten Mitteln so viel wie irgend möglich bewirken.

---

**LINK**

**ADB und WEF, 2017: ASEAN 4.0.**

<https://www.adb.org/sites/default/files/publication/379401/asean-fourth-industrial-revolution-rci.pdf>



**YASUYUKI SAWADA**  
ist der Chefvolkswirt der Asiatischen Entwicklungsbank (Asian Development Bank – ADB).

[ysawada@adb.org](mailto:ysawada@adb.org)



**CYN-YOUNG PARK**  
leitet die ADB-Abteilung für regionale Kooperation und Integration.

[cypark@adb.org](mailto:cypark@adb.org)

Schüler der Ecole Polyvalente  
Carolus Magnus (EPCM), die in  
Burundi nördlich der Hauptstadt  
Bujumbura von der Fondation  
Stamm betrieben wird.



## Schwere Kindheit

Kinder haben extrem ungleiche Startbedingungen im Leben, je nachdem, in welches Land und in welchen Teil der Gesellschaft sie hineingeboren werden. Darin besteht eine offensichtliche Ungerechtigkeit. Jedes Kind hat die gleichen Chancen verdient – und die Weltgemeinschaft hat die Verantwortung, sie zu schaffen. Darauf arbeitet sie zum Beispiel im Rahmen der Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele hin. Deren Leitmotiv, niemanden zurückzulassen, sollte für Kinder in besonderem Maße gelten. Zu den Schlüsselbereichen gehören Gesundheit, Ernährung und Bildung.

# Vom Müllsammler zum Koch

**Straßenkinder in Kambodscha sind mit einer Reihe von Risiken konfrontiert, darunter Drogenkonsum und ausbeuterische Arbeit. Bedrohte Familien und Kinder brauchen mehr Unterstützung.**

## Von Sun Narin

Offiziellen Daten zufolge leben 5188 Obdachlose in Kambodscha, davon 1745 Frauen und 715 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. 280 davon sind demnach Mädchen. Die tatsächlichen Zahlen sind aber wahrscheinlich deutlich größer.

Es gibt viele Gründe dafür, dass kambodschanische Kinder auf der Straße landen. Manche haben keine Eltern, andere werden von ihrer Familie verstoßen, und wieder andere leiden unter häuslicher Gewalt. Die meisten Straßenkinder stammen aus armen Verhältnissen, und Migration verstärkt oft die Probleme.

„Kindern, die auf der Straße leben, drohen Gewalt, sexueller Missbrauch, Menschenhandel und gefährliche Arbeit“, sagt Bunly Meas, Sprecher von UNICEF in Kambodscha. „Sie sind außerdem Drogen, ungeschütztem Sex und Bandenkriminalität ausgesetzt.“ Das UN-Kinderhilfswerk arbei-

tet mit verschiedenen NGOs zusammen, um obdachlosen Kindern in Kambodscha zu helfen.

Mith Samlanh – was übersetzt „Freunde“ heißt – ist eine der Partnerorganisationen. Sie wurde 1994 gegründet und arbeitet mit marginalisierten Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien und erweitertem Umfeld zusammen. Pin Sokhom, Programmkoordinator bei Mith Samlanh, betont, dass nicht alle Straßenkinder obdachlos sind (siehe Kasten, S. 22): „Manche Eltern benutzen ihre Kinder zum Betteln oder um Dinge zu verkaufen. Auch manche Menschen, die nicht die Eltern sind, beuten Kinder aus, um Geld auf der Straße zu machen.“ Mith Samlanh versucht Erziehungsberechtigte dazu zu bewegen, verantwortlich zu handeln und Kinder nicht zu missbrauchen.

## NEUES LEBEN NACH DROGENENTZUG

Straßenkinder, die keine andere Möglichkeit haben, können vorübergehend in einem der vier Zentren unterkommen, die Mith Samlanh in Kambodscha betreibt. Der 23-jährige Kek lernt in einem dieser Zentren, zu dem auch ein Ausbildungsprogramm gehört, ko-



chen. Ehemalige Straßenkinder sollen dort einen Beruf erlernen, damit sie später auf eigenen Beinen stehen können.

Kek lebte früher auf der Straße. Er arbeitete als Müllsammler, schnüffelte Klebstoff und nahm Drogen. Er sagt, er sei mit acht Jahren auf der Straße gelandet, nachdem seine Mutter gestorben sei und den Vater mit sechs Kindern zurückgelassen habe. Doch der Vater, der eine Behinderung habe, habe nicht arbeiten und für die Familie sorgen können.

„Ich habe um Essen und Wasser gebettelt“, erzählt Kek. „Und ich habe Geld geklaut, um Klebstoff zum Schnüffeln zu kaufen.“ Nach vielen Jahren auf der Straße kam er in einer Einrichtung für Kinder unter, hörte das Klebstoff-Schnüffeln auf und erhielt Unterricht. Er lebte dort ein Jahr lang, doch dann wurde die Einrichtung leider geschlossen, sagt Kek. Er landete wieder auf der Straße und fing auch wieder an, Klebstoff zu schnüffeln.

Später kam Kek zu Mith Samlanh und lernte dort nähen. Nach nur vier Monaten bei der NGO stellte eine Bekleidungsfabrik in Phnom Penh ihn ein. Der Job brachte ihm Geld ein, und er fand neue Freunde. Doch irgendwann wurde Kek drogenabhängig und verlor die Stelle.

Im vergangenen Jahr kehrte er zu Mith Samlanh zurück und machte einen dreimonatigen Drogenentzug. „Jetzt habe ich ein neues Leben“, sagt Kek. Zusätzlich zu seiner Ausbildung als Koch, die er nächstes Jahr abschließt, lernt er Englisch und den Umgang mit dem Computer.

Laut Mith-Samlanh-Koordinator Pin Sokhom gehört Drogenkonsum zu den Hauptproblemen von Straßenkindern in Phnom Penh. Er fügt hinzu, dass einige der Kinder mit dem Leben in der Einrichtung nicht zurechtkämen. „Sie brauchen Freiheit, und in unserem Zentrum haben wir



Mith Samlanh betreibt in Phnom Penh ein Restaurant, in dem ehemalige Straßenkinder als Köche oder Kellner arbeiten.

Regeln, was sie machen sollen und was sie nicht tun dürfen“, erklärt er. „Daher verlassen einige Kinder die Einrichtung wieder.“

### EINE ZUKUNFT AUFBAUEN

Seit Juni 2014 bemüht sich die Stadtverwaltung von Phnom Penh darum, die Straßen der Hauptstadt von Bettlern, Straßenkindern und Obdachlosen zu befreien. Die kambodschanische Regierung hat außerdem einen Aktionsplan für die Jahre 2017 bis 2021 verabschiedet, um Gewalt gegen Kinder vorzubeugen und zu begegnen. Die Erfahrungen zeigen, dass Straßenkinder besonders von Gewalt bedroht sind.

NGOs spielen eine wichtige Rolle bei der Arbeit mit Straßenkindern. Laut seinem Jahresbericht hat Mith Samlanh 2016 mit mehr als 9300 Kindern und 5100 Erziehungsberechtigten zusammengearbeitet. Die Kinder erhielten Aufklärung, Bildung und Arbeitsmöglichkeiten. Pin Sokhom erklärt, dass die Kinder erst einen sicheren Ort brauchen, bevor sie eine Zukunft aufbauen können. Außer kochen und nähen können sie bei Mith Samlanh auch Tätigkeiten in den Bereichen Elektrik, Maschinenbau, Friseurhandwerk, Kosmetik oder Metallverarbeitung erlernen.

Kleinere Kinder werden in staatliche Schulen integriert, nachdem die Mith-Samlanh-eigene Schule die nötigen Grundlagen vermittelt hat.

Die Arbeit mit den Eltern hat vor allem das Ziel, sie zu befähigen, etwas Geld zu verdienen. Wer genug Einkommen hat, muss seine Kinder nicht auf die Straße schicken, um zu betteln oder Kleinigkeiten zu verkaufen.

UNICEF finanziert das Straßenkinderprogramm von Mith Samlanh im Rahmen seines Partnership Programme for the Protection of Children (3PC). Daran sind die Regierung, UNICEF und NGOs beteiligt. 3PC erreicht jedes Jahr rund 8000 gefährdete Kinder, unter anderen Straßenkinder. Sie erhalten eine medizinische Versorgung, lernen lesen und schreiben, werden psychologisch betreut und fit fürs Leben gemacht. Informationen über Drogenmissbrauch und sexuelle Gesundheit spielen ebenfalls eine große Rolle.

Bunly Meas von UNICEF sagt: „Unser Programm bietet unmittelbare und langfristige Hilfe für Kinder, die von Gewalt bedroht oder betroffen sind.“ Oft könnten Kinder nicht bei ihren Familien leben. „Die Angebote umfassen grundlegende Dinge wie Essen und ein Dach über dem Kopf, medizinische Versorgung und Ausbildung, aber

auch den Umgang mit den Folgen von Drogen- und Alkoholmissbrauch.“ Familien würden zusammengeführt, und bei Bedarf würden alternative Unterbringungen gesucht.

Bunly Meas spricht sich für mehr Investitionen in soziale Dienste aus, um bedrohte Familien und Kinder besser unterstützen zu können. „Die Straße ist wirklich kein Ort für Kinder“, sagt er. „Sie dort wegzuholen und in Institutionen zu stecken ist allerdings auch keine Lösung.“ Nur unter extremen Umständen sollten Kinder von ihren Eltern getrennt werden. Denn die Familie – oder eine andere Unterbringung im gewohnten Umfeld – biete in der Regel die besten Lösungen für die Kinder.

### LINKS

**Mith Samlanh:**

<http://www.mithsamlanh.org>

**Partnership Programme for the Protection of Children:**

<http://3pc-cambodia.org>



**SUN NARIN**

ist ein kambodschanischer Journalist und lebt in Phnom Penh.

[snnarin@gmail.com](mailto:snnarin@gmail.com)

## Auf der Straße Geld verdienen

Wenn die Nacht über Kambodschas Hauptstadt Phnom Penh hereinbricht, eine Stadt mit mehr als 2 Millionen Einwohnern, versuchen Kinder in den Bars und Straßenrestaurants ihr Glück: Sie verkaufen Blumen, Obst oder dünne Büchlein mit märchenhaften Geschichten. Manche Kunden geben ihnen auch Geld, ohne ihnen etwas abzukaufen.

An einem Straßenstand im Stadtzentrum, gleich neben einem 20-stöckigen Hotel, bittet der 12-jährige Phorng Phorse die Kunden, die dort zu Abend essen, ihm eins seiner Bücher für 1,50 Dollar abzukaufen. Phorse lebt nicht auf der Stra-

ße, aber er muss Geld verdienen. Seine Eltern sind arm. „Ich gehe vormittags oder nachmittags zur Schule und verkaufe abends Bücher“, erklärt er. Sein Vater fahre ihn und seine neunjährige Schwester dazu mit dem Moped an bestimmte Orte. Der Vater arbeite auf dem Bau, die Mutter sei arbeitslos.

„Ich möchte selbst Geld verdienen“, antwortet Phorse auf die Frage, wer ihn dazu bringe, die Bücher zu verkaufen. Jeden Abend zwischen 18 und 21 Uhr laufe er umher und gehe dieser Arbeit nach. Sein Verdienst sind 25 Cent pro Buch – und manchmal bekommt er auch etwas Extrageld. (sn)



In Kambodscha sieht man häufig Kinder im Schulalter, die auf der Straße etwas verkaufen.

# Kriminalität zählt noch zu den besten Optionen

**In Bangladesch beauftragen organisierte kriminelle Gruppen Straßenkinder damit, schwere Verbrechen zu begehen. Sie tragen Waffen, verkaufen Drogen, fordern Erpressungsgelder ein und begehen politische Gewalttaten. Einige Jugendliche haben mit Landraub und sogar Auftragsmorden zu tun. Diese Kinder und Jugendlichen sollten als illegale Kinderarbeiter betrachtet werden – sie sind weder völlig unschuldige Opfer noch echte Kriminelle. Es muss mehr getan werden, um ihre Rechte zu schützen und die Zunahme organisierter Kriminalität einzudämmen.**

Von Sally Atkinson-Sheppard

In fast jedem Land der Welt gibt es Straßenkinder – in Bangladesch besonders viele. Das Bangladesh Institute of Development Studies (BIDS) schätzt, dass es 1,5 Millionen Straßenkinder im Land gibt, mit deutlich zunehmender Tendenz. Laut UNICEF umfasst der Begriff Jugendliche bis zum Alter von 17 Jahren.

Polizei und Hilfsorganisationen in Bangladesch haben ähnliche Statistiken veröffentlicht. Besonders in Dhaka ist die Lage dramatisch. Von den 16 Millionen Bewohnern der Hauptstadt leben 10 Millionen in Slums oder auf der Straße, darunter viele Kinder. Die Urbanisierung verschärft die Probleme: Millionen von Menschen ziehen zur Jobsuche vom Land in die Stadt. Bangladeschs Straßenkinder leben in bitterer Armut, auf der Straße oder in Slums in Notunterkünften. Sie haben keine Chance, ihre Rechte einzufordern, sie kämpfen um Bildung und sind von der Gesellschaft ausgeschlossen.

Viele Straßenkinder müssen arbeiten. In Bangladesch sind sie oft das letzte Glied in organisierten kriminellen Gangs. Organisiertes Verbrechen ist in Dhaka weit verbreitet. Die Bosse werden „Mastaans“ genannt, ihre Gangs operieren in Slums im ganzen Land und besonders in der Hauptstadt. Über diese Gangs gibt es wenig verlässliche

Informationen, aber Studien legen nahe, dass die Mastaans die Armenviertel der Stadt kontrollieren. Slumbewohner haben nur Zugang zu Grundversorgung, wenn sie Wucherpreise für Wohnung, Gas, Strom und Wasser an die Mastaans zahlen.

Da so wenig über das organisierte Verbrechen und die Rolle der Straßenkinder bekannt war, habe ich eine dreijährige eingehende Studie in Dhaka durchgeführt.

Organisationen. Die von mir erhobenen Daten deuten darauf hin, dass Mastaan-Gangs landesweit, hauptsächlich aber in städtischen Gebieten wie Dhaka, operieren. Eines der Kinder aus meiner Studie erklärte: „Es gibt einen Chef, den Anführer der Gruppe, und Jobs für verschiedene Leute. Beispielsweise gehst du zum Markt und klaust etwas Bestimmtes, oder du gehst in einen Laden und klaust eine andere Sache. Die Jungs klauen etwas und geben es ihrem Chef. Das ist ihr Job, so verdienen sie etwas Geld.“ Die Hierarchien und Strukturen der Mastaan-Gangs mit Bossen und verschiedenen Rängen geben den Kindern das Gefühl, teil eines Unternehmens zu sein, wenn auch eines kriminellen.

Meine Arbeit zeigt, wie Dhakas Straßenkinder von Mastaans angeheuert wer-



„Die Frage ist, wie diese Kinder besser geschützt werden können.“

Dazu gehörten teilnehmende Beobachtung im Strafjustizsystem, 80 Interviews mit Erwachsenen und eine einjährige Fallstudie mit 22 Straßenkindern. Wegen ihrer gesellschaftlichen Rolle und der Art „Sozialschutz“, die sie bieten, betrachte ich Mastaan-Gangs als Mafia-Organisationen.

Wie im organisierten Verbrechen typisch, begehen sie mannigfaltige Straftaten, darunter Waffenschmuggel, Drogen- und Menschenhandel. Sie erpressen auch Schutzgeld – nach Ansicht vieler Forscher das ausschlaggebende Merkmal von Mafia-

den, um Waffen zu tragen und Drogen zu verkaufen. Außerdem werden Kinder beauftragt, „Zölle“ von Slumbewohnern einzufordern – dafür, dass sie dort leben oder um Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen zu erhalten. Ein weiteres „Geschäft“, in das sie involviert werden, ist Landraub. In vielen Slums ist Land viel wert, und Landrechte sind nicht geschützt. Der Kampf um Land ist zu einer vorherrschenden Beschäftigung organisierter krimineller Gruppen geworden. Mastaans stellen Kinder ein, damit sie Gebiete in Slums besetzen, um die Landbe-



Dhaka wächst schnell.

sitzer zur Aufgabe ihres Eigentums zu bringen. Straßenkinder werden auch für politische Gewalt und sogar für Auftragsmorde engagiert. Ein jugendlicher Teilnehmer an meiner Studie sagte: „Du kannst jemanden anheuern, um jemand anderes für dich zu töten. Du kannst einen Zehnjährigen mit einem Mord beauftragen! Aber du kannst auch größere Kinder anheuern. Das Alter ist nicht festgelegt, es kommt eher darauf an, wie viel du bezahlen kannst. Aber es ist möglich, jemanden für Mord zu bezahlen, es ist sogar sehr einfach.“

**PASSENDERER BEGRIFF**

Kinder, die Mitglieder von Mastaan-Gangs sind, werden oft als unschuldige Opfer betrachtet, die um des puren Überlebens willen ins organisierte Verbrechen gezwungen werden. Das ist zwar nicht ganz falsch. Meine Arbeit in Dhaka zeigte jedoch ein komplexeres Szenario. Tatsächlich haben Straßenkinder eine gewisse Wahlfreiheit. Sie sehen die Zugehörigkeit zu Mastaan-Gangs oft als Möglichkeit, Geld zu verdienen und eine gewisse soziale Integration innerhalb der Gruppe zu erlangen. Der Begriff „Opfer von Ausbeutung“ erfasst diesen Aspekt nicht.

Doch auch Begriffe wie „Bandenmitglied“ oder „Kriminelle“ sind unpassend.

Sie beschreiben nicht die akute Armut, Not und Abhängigkeit, die die Kinder zu kriminellen Banden treiben. Meiner Ansicht nach sollten diese Kinder als „illegale Kinderarbeiter“ gesehen werden. Diese Bezeichnung



spiegelt die Art der Arbeit wider, die Straßenkinder verrichten, und auch, warum sie das tun.

Die Frage ist, wie diese Jugendlichen besser geschützt werden können. Millionen von Kindern in Bangladesch – und in vielen anderen Ländern der Welt – arbeiten in kriminellen Gruppen. Sie werden ausgebeutet und missbraucht, aber sie wählen diesen Lebensstil bewusst. Es ist die in ihrer desperaten Lage beste Option. Ihre Not ist kaum

bekannt, daher ist es das Wichtigste, innerhalb und außerhalb Bangladeschs auf dieses Problem aufmerksam zu machen.

Die Gesetzgebung ist ein weiteres Problem. Es gibt viele Gesetze zum Schutz von Kinderarbeitern und Kindern allgemein; diese berücksichtigen jedoch keine Kinder, die organisierte Verbrechen begehen. Als schlimmste Form von Kinderarbeit benennt etwa die Internationale Arbeitsorganisation Drogenhandel und -schmuggel – Minderjährige, die politische Gewalt, Erpressung oder Auftragsmorde begehen, kommen dabei nicht vor.

In Bangladesch wird einiges getan, um Straßenkinder zu schützen. Das neue Kindergesetz belegt das ebenso wie eine Fülle von Initiativen des Staates und der zahlreichen NGOs, die im Land aktiv sind. Dennoch werden Kinder weiterhin von Mastaans und im Rahmen der organisierten Kriminalität allgemein ausgebeutet und misshandelt. Es bedarf umfassenderer, globaler Herangehensweisen und eines übergreifenden panasiatischen Verständnisses. Die Verwicklung von Kindern in organisierte Kriminalität sollte auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene angegangen werden – anders wird es nicht möglich sein, Kinder zu schützen und die Ausbreitung der organisierten Kriminalität zu stoppen.

**QUELLEN**

Atkinson-Sheppard, S., 2017: Street children and „Protective Agency“. Exploring young people's involvement in organised crime in Dhaka, Bangladesh. *Childhood*. Vol. 24 (3):1-14.  
 Atkinson-Sheppard, S., 2017: Mastaans and the market for social protection. Exploring Mafia groups in Dhaka, Bangladesh. *Asian Journal of Criminology*. 1-19 Advance online publication. doi: 10.1007/s11417-017-9246-9.  
 Atkinson-Sheppard, S., 2016: The gangs of Bangladesh. Exploring organised crime, street gangs and „illicit child labourers“ in Dhaka. *Criminology and Criminal Justice*. Vol. 16(2) 233–249.



**SALLY ATKINSON-SHEPPARD**  
 ist Kriminologin, Strategin und internationale Beraterin.

Mit ihrer Arbeit über die Beteiligung von Kindern am organisierten Verbrechen in Dhaka erwarb sie ihren Dokortitel am King's College in London.  
[sallyatkinsonsheppard@gmail.com](mailto:sallyatkinsonsheppard@gmail.com)



# Den Teufelskreis durchbrechen

**Die Leiterin einer Nichtregierungsorganisation in Bangladesch fordert inklusiven Unterricht für Kinder mit Behinderungen. Das wäre auch in anderen Ländern sinnvoll.**

**Von Masuda Farouk Ratna**

Die Sandipawn Inclusive School wurde 1990 in einem Dorf im Narshingdi-Distrikt gegründet, um Kinder mit Behinderungen zu unterrichten und eine integrative Gesellschaft zu fördern. Sandipawn wird von der gemeinnützigen Organisation Gram Bikash Shohayak Shangsta (GBSS) betrieben, deren Geschäftsführerin ich bin.

Man weiß, dass Schüler ein Lernumfeld brauchen, das ihren Bedürfnissen entspricht, damit sie ihr Potenzial voll ausschöpfen können. Sandipawn gibt den Schülern eine solche Umgebung und eröffnet ihnen Chancen für das spätere Leben.

Behinderung setzt häufig einen Teufelskreis der Armut in Gang. Diesen gilt es zu durchbrechen. In Entwicklungsländern werden Menschen mit Behinderungen oft nicht richtig ausgebildet und können sich nicht qualifizieren. Als Erwachsene haben sie es daher schwer, Geld zu verdienen. Statt zum Einkommen beizutragen, belasten sie die Familie ihr Leben lang.

Das muss nicht sein. Menschen mit Behinderungen haben besondere Bedürfnisse, und wenn diese berücksichtigt werden, können sie ein produktives Leben führen. Wirtschaftlich ist es sinnvoller, wenn es ihnen ermöglicht wird, eine vollwertige Rolle in der Gesellschaft einzunehmen, als sie und ihre Familien Not leiden zu lassen.

Unsere Lehrer arbeiten eng mit den Eltern zusammen. Mütter und Väter spielen eine zentrale Rolle bei der Vorbereitung ihrer Kinder auf das Leben und sie profitieren am meisten davon, wenn ihre Töchter und Söhne einen Platz in der Gesellschaft finden. Wenn möglich binden wir die Schüler in Entscheidungen bezüglich ihres Lehrplans ein.

Einer unserer Grundsätze lautet: „Alle Schüler erhalten die gleiche Chance, in eine normale Lernumgebung aufgenommen zu werden.“ Wir sorgen dafür, dass unsere

Schüler regelmäßig im selben Klassenzimmer mit Gleichaltrigen aus der Nachbarschule unterrichtet werden. Je früher sie sich aneinander gewöhnen, desto besser. Es wird ihnen helfen zu verstehen, dass Gemeinschaftsrechte und individuelle Rechte keine Gegensätze sind und dass Vielfalt etwas Wertvolles ist.



**Menschen mit Behinderungen brauchen von Anfang an spezifische Förderung.**

Wir schauen auf die Fähigkeiten eines Kindes, nicht auf seine Einschränkungen. Indem Schüler mit und ohne Behinderungen Zeit miteinander verbringen, ermöglichen wir ihnen, enge Beziehungen und Freundschaften aufzubauen.

Soziale Inklusion ist in Bangladesch eine echte Herausforderung. Die Rechte von Menschen mit Behinderungen müssen im ganzen Land besser respektiert werden – Minderheiten müssen im öffentlichen wie im privaten Raum vor Gewalt und Misshandlung geschützt werden. Zum Beispiel sind viele Einrichtungen für Rollstuhlfahrer nicht zugänglich.

Bangladesch muss sich dieser Aufgabe stellen. Ein guter Anfang ist es, Kinder mit Behinderungen zu stärken. Mit genügend Selbstbewusstsein können sie ihre Rechte einfordern. Qualifizieren sie sich beruflich, können sie Geld verdienen. Lernen sie früh, mit Menschen ohne Behinderungen zusammen zu sein, wissen sie später im Leben, wie man Verbündete findet.

Sandipawn-Schüler haben besondere Bedürfnisse und verdienen besondere Aufmerksamkeit. Wir unterrichten in Gebärdensprache und bieten eine systematische Gesundheitsberatung. Sprach-, Musik- und Tanztherapie zeigen guten Erfolg.

Als karitative Einrichtung sind unsere Ressourcen begrenzt. Sandipawn unterrichtet zurzeit 160 Mädchen und Jungen mit Behinderungen von der Vorschule bis zur 5. Klasse. Wir bieten auch eine Berufsausbildung für Schüler zwischen 12 und 22 Jahren an, von denen nicht alle eine Behinderung haben. Sie lernen unter anderem Nähen und Werken und wie man technische Geräte (PCs, Kühlschränke etc.) repariert.

Eine Evaluierung hat gezeigt, dass unsere Arbeit etwas bewegt. In unserem Dorf sind mehr behinderte Kinder eingeschult als je zuvor und es gibt mehr als die Hälfte weniger Schulabbrecher. Themen rund um Behinderung sind in der Gemeinschaft wichtiger geworden.

Integration ist mühsam. Sich die Mühe nicht zu machen, löst aber keine Probleme, sondern verstärkt sie. Es ist kein Nachteil für die Entwicklung der Gesellschaft, wenn sie in Kinder mit Behinderungen investiert – vielmehr fördert es den allgemeinen Wohlstand.



**MASUDA FAROUK RATNA**  
ist Geschäftsführerin von  
**GBSS**, der  
Nichtregierungsorganisation,  
die die Sandipawn Inclusive

School betreibt.

[gbss1988@gmail.com](mailto:gbss1988@gmail.com)

<http://www.grambikashbd.org>

# Aufschub inakzeptabel

**Bildung ist für gesellschaftliche Entwicklung unerlässlich. Sie wirkt das ganze Leben lang, und ihre Bedeutung ist auch all jenen klar, denen eine gute Bildung verwehrt wurde. Afrikas Regierungen müssen mehr tun, als Lippenbekenntnisse zum einschlägigen Nachhaltigkeits-Entwicklungsziel (Sustainable Development Goal – SDG) 4 abzulegen.**

Von Belay Begashaw

Bildung schafft die Voraussetzung zur Befriedigung grundlegender sozialer Bedürfnisse (Gesundheit, Ernährung, Energie und so weiter). Es geht um eine multidimensionale Angelegenheit, weil erfolgreiche Bildung die Grundlagen für Erfolge in allen anderen Sektoren legt. Ob eine Gesellschaft der Bildung die nötige Aufmerksamkeit schenkt und entsprechend ausreichende Mittel bereitstellt, sind folglich wichtige Fragen.

Leider interessieren sich Politiker vor allem für schnell sichtbare Erfolge. Deshalb schrecken sie vor Investitionen zurück, die sich nur langfristig auszahlen. Dass die junge Generation gute Grund- und Sekundarschulen besucht, bringt kein sofortigen Erträge. Wenn sie dann noch studieren, dauert es noch länger – wobei die Erträge dann möglicherweise sogar noch größer ausfallen.

Es ist allgemeiner Konsens, dass Schulbesuch ein Grundrecht ist und dass Staaten für dessen Verwirklichung verantwortlich sind. Dennoch lässt die Bildungsqualität oft zu wünschen übrig. Zu viele Jugendliche verlassen die Schule ohne Abschluss – und zu viele, die den Abschluss schaffen, lernen nicht, was sie für den Broterwerb brauchen.

Die Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals – MDGs), auf die sich die Weltgemeinschaft im Jahr 2000 einigte, waren hilfreich. Wie versprochen sind die Raten für den Grundschulbesuch in Entwicklungsländern – und besonders in Afrika – deutlich gestiegen. Leider wurde aber die Qualität vielfach vernachlässigt – und das gilt auch für die sekundäre und tertiäre Bildung.

Die SDGs, welche die UN 2015 als Nachfolgeagenda der MDGs beschlossen

haben, sind umfassender. SDG 4 betrifft „Qualitätsbildung“ auf allen Ebenen, einschließlich der Berufsbildung und der speziellen Förderung von Menschen mit Behinderungen.

Um SDG 4 zu erreichen, werden Ressourcen benötigt. Neue Schulen müssen gebaut und zusätzliche Lehrer eingestellt werden. Klassen müssen kleiner und die Infrastruktur – einschließlich Internetzugang – muss besser werden. Schätzungen zufolge braucht Afrika für solche Dinge rund

Tatsächlich sind Afrikas Hochschulen in keiner guten Verfassung. Ihre Zahl ist von 2000 bis 2010 um 115 Prozent gestiegen, und die Zahl der Studierenden hat sich laut UNESCO von 2,3 Millionen auf 5,2 Millionen mehr als verdoppelt. Unter den 100 besten Universitäten der Welt findet sich aber den Rankings zufolge nur eine einzige aus Afrika. Afrikas Zukunft hängt davon ab, dass Bildung auf allen Ebenen besser wird.

Niemand zweifelt daran, dass Wissen immer wichtiger wird. Afrika muss seine demografischen Chancen nutzen und schnell Wissensgesellschaften aufbauen. Der Kontinent muss auf allen Feldern kompetent und wettbewerbsfähig werden. Ohne den Ehrgeiz, die Weltspitze zu erreichen, werden wir nie zur Weltspitze gehören.



Schulkind in Madagaskar.

60 Milliarden Dollar im Jahr. Ohne Geberunterstützung wird das kaum gelingen. Um Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) anzuwerben, müssen die Verantwortlichen in Afrika beweisen, dass sie Bildung ernst nehmen.

Auch die Hochschulen verdienen Aufmerksamkeit – nicht zuletzt, weil sie Lehrer ausbilden. Je besser sie das tun, desto besser wird der Unterricht an Grund- und Sekundarschulen. Grundsätzlich ist klar, dass höhere Bildung wichtig ist, um die Führungselite der nächsten Generation auszubilden. Es ist eine Schande, dass afrikanische Regierungen und Geber Hochschulen in Entwicklungsländern lange für Luxus hielten.

Lippenbekenntnisse reichen nicht. Afrikanische Regierungen müssen sich ihren Aufgaben stellen und Ergebnisse vorweisen. Wir brauchen positive Rückkopplungen, bei der bessere Bildung auf allen Ebenen zu noch besserer Bildung führt. Aufschub ist nicht akzeptabel, denn Bildung zu vertagen würde bedeuten, die Zukunft zu vertagen.



**BELAY BEGASHAW**  
ist Direktor des afrikanischen Sustainable-Development-Goals-Zentrums für Afrika (SDGC/A) in Kigali, Ruanda.

[bbegashaw@sdgcafrica.org](mailto:bbegashaw@sdgcafrica.org)

# Angst vor dem Stock des Lehrers

In Uganda halten Lehrer ihre riesigen Klassen häufig durch körperliche Züchtigung im Zaum. Wenn ausreichend Lehrer oder Aushilfen zur Verfügung stehen, hält ein Lehrer den Unterricht, während die anderen mit Stöcken durch die Reihen gehen und an unaufmerksame Schüler Hiebe austeilen. Die Nichtregierungsorganisation (NGO) Joy for Children (JFC) setzt sich für eine Änderung der Disziplinarmaßnahmen ein.

Von Moses Ntenga und Angelina Henrich

Im Klassenzimmer ist es laut und stickig. Rund 200 Mädchen und Jungen haben sich versammelt, um die Sozialarbeiter von Joy for Children zu sehen. Jeden zweiten Freitag werden Kinder in der Kivulu-Grundschule (Name geändert) in Kampala über ihre Rechte aufgeklärt. Die angewendete Lehrmethode ist neu für sie: partizipatives Unterrichten. Schüler in Uganda sind Frontalunterricht gewohnt: der Lehrer steht vor der Klasse und die Kinder müssen wiederholen, was er sagt. Die Sozialarbeiter von

JFC dagegen setzen auf Gruppenarbeit und ermuntern die Schüler, Fragen zu stellen. Es ist nicht leicht, so große Klassen in den Griff zu bekommen. Aber die Schüler sind sehr gespannt auf das neue Thema und haben Lust, sich zu beteiligen.

Die Kivulu-Grundschule liegt in einem der Slums von Kampala. Der Schulhof ist staubig, die Gebäude heruntergekommen, aber bunte Bilder schmücken die Wände. Wie an den meisten Schulen in Uganda bemüht sich die Schulleitung, mit wenig Geld den Betrieb aufrecht zu erhalten. Lehrer verdienen ein Monatsgehalt von umgerechnet 80 Euro. Man kann sich vorstellen, wie schwer es ist, als Lehrer motiviert zu sein, wenn das Gehalt kaum reicht, um die eigenen Kinder zu ernähren.

Dennoch sind einige Lehrer offen für neue Lehrmethoden und Erziehungsmaßnahmen, darunter der Schulleiter der Kivulu-Schule. Er und mehrere Kollegen freuen sich über die Zusammenarbeit mit JFC und die Anregung zu „positiven“ Methoden der Disziplinierung.

Jeder Jugendliche in Uganda hat seine eigenen Erfahrungen mit körperlicher Züchtigung gemacht. So erzählt ein Student: „Ich war ein sehr dickköpfiges Kind und habe mir nicht mal etwas daraus gemacht, wenn mich die Lehrer mit dem Stock verprügelt haben. Einmal haben sie mich so heftig geschlagen, dass ich danach nicht mehr stehen konnte.“ „Dickköpfig“ ist in Uganda eine gängige Beschreibung für ein Kind, das nicht gehorchen will. Ein anderer Jugendlicher sagt: „Ich hatte so viel Angst vor dem Rohrstock, dass ich in der Klasse immer ganz still war – so wurde ich während meiner ganzen Grundschulzeit nicht einmal geschlagen.“

Mit dem Sprichwort „Wer mit der Rute spart, verzieht das Kind“ wird in Uganda gerne körperliche Züchtigung gerechtfertigt. Seit 2016 ist die Prügelstrafe in Schulen – aber nicht im privaten Bereich – gesetzlich verboten. Das Gesetz besagt, dass jedes Kind das Recht hat, vor allen Formen der Gewalt, also auch physischer und psychischer Misshandlung, geschützt zu werden. Es ist nicht der erste Versuch, Gewalt an Schulen zu unterbinden. Im August 2015 verhängte das Bildungsministerium ein „Verbot aller Arten von Gewalt gegen Kinder in Schulen, Instituten und Colleges“ und verwies dabei auf die Verfassung und verschiedene



In Uganda benutzen Lehrer den Zeigestock oft für die körperliche Züchtigung

bestehende Gesetze. Das Ministerium wies die Schulen an, ihre Regularien anzupassen und die körperliche Züchtigung durch positive Sanktionen zu ersetzen.

Aber das Problem in Uganda ist nicht das Fehlen von Gesetzen, sondern deren Durchsetzung. Viele Lehrer, vor allem in ländlichen Regionen, wissen nicht, dass sie gegen Gesetze verstoßen, wenn sie ein Kind schlagen. Andere haben davon gehört, aber können sich sicher sein, dass sie beim Verstoß gegen das Gesetz nicht bestraft werden. Und die Kinder sind über ihre Rechte nicht aufgeklärt. Deshalb arbeiten NGOs eng mit Schulen zusammen. Sie erläutern den Schülern ihre Rechte und trainieren Lehrer im gewaltfreien Umgang mit ihren Schützlingen.

Dabei zeigt sich immer wieder, wie ungewohnt es für ugandische Schüler ist, vor Erwachsenen ihre Meinung zu sagen. Zunächst sind sie sehr schüchtern, doch sobald sie merken, dass niemand sie bestraft oder über sie lacht, wenn sie ihre Gedanken mitteilen, ist es wunderbar zu sehen, wie lebhaft diese zuvor so eingeschüchterten Kinder werden. Und es ist meist sehr interessant, ihren Ideen zuzuhören. An der Kivulu-Grundschule war körperliche Züchtigung offenbar an der Tagesordnung und für die Kinder völlig normal, weder falsch noch angsteinflößend.

Trotzdem hatten die Schüler viele alternative Ideen für Disziplinierungsmaßnahmen, etwa das Schreiben eines Entschuldigungsbriefes oder körperliche Arbeit. Manchen Schülern waren allerdings Stockhiebe lieber als Toilettenputzen – was beim Zustand der meisten Schultoiletten nicht überraschend ist. Es stellt sich die Frage, ob Stockhiebe überhaupt ihren Zweck erfüllen, wenn sie den Schülern fast gleichgültig sind.

Die Lehrer auszubilden ist ebenso wichtig wie den Schülern zuzuhören. Die Lehrer der Kivulu-Grundschule sind froh über das Angebot von Joy for Children. Viele räumten ein, dass auch sie ihre Schüler körperlich züchtigten. Einigen fehlte es einfach an Ideen für Alternativen – andere dagegen wollten aus Überzeugung an der Methode festhalten. Sie äußerten die Befürchtung, dass ihnen ohne den Rohrstock die Kontrolle über ihre riesigen Schulklassen mit oftmals mehr als 100 Kindern entgleitet.

In der Zusammenarbeit mit mehr als 80 Schulen haben JFC-Mitarbeiter vielfäl-



tige Erfahrungen mit der Einführung positiver Disziplinarmaßnahmen gesammelt. Viele Schüler sind begeistert von der Idee einer gewaltfreien Schule. Einige Lehrer dagegen beklagen, dass die Schüler ihnen nun mit der Polizei drohten, wenn sie sie weiterhin schlagen, und dass ältere Schüler arrogant geworden seien. Die Lehrer fühlen sich plötzlich machtlos.

Dabei bedeutet die Abschaffung der körperlichen Züchtigung nicht, dass es bei Fehlverhalten keinerlei Disziplinarmaßnahmen gibt. Kinderrechte sind nur die eine Seite der Medaille, Verantwortung ist die andere. Die Sozialarbeiter betonen, wie wichtig es ist, den Kindern zu erklären, was verboten ist und warum. Anstatt die Schüler zu bestrafen, wenn sie ihre Meinung äußern oder schlechte Noten schreiben, sollten die Kinder lernen, was sie besser machen können.

Für viele Schüler ist es eine größere Herausforderung, einen Entschuldigungsbrief zu schreiben, als ein paar Stockhiebe über sich ergehen zu lassen – dabei allerdings lernen sie etwas, zum Beispiel fehlerfrei zu schreiben. Genau das ist gemeint mit „positiver Disziplinierung“. Eine weitere Methode, durch die Kinder lernen und gleichzeitig an Entscheidungsprozessen beteiligt werden, ist die Bildung von Schülerkomitees. Diese Komitees setzen sich aus Kindern zusammen, die von Lehrern und Mitschülern gewählt wurden und stellen eine Art Kinder-Gericht dar, das über den Umgang mit Schülern entscheidet, die regelmäßig durch Fehlverhalten auffallen. Solche Komitees wurden an jeder der Schulen gegründet, mit denen JFC zusammen arbeitet. Natürlich hängt der Erfolg dieser Gremien von der Unterstützung der Lehrer ab.

Es ist schön zu sehen, wie Schulen sich verändern, wenn die Schüler ihre Rech-

te kennen und die Lehrer neue Erziehungsmethoden anwenden. Eine Evaluierung von JFC hat ergeben, dass sich das Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern dadurch deutlich verbessert. Vertrauen in Lehrer zu haben, ist besonders wichtig für die verletzlichsten Kinder, die häufiger Gefahr laufen, die Schule vorzeitig abzubrechen, oft schon vor Ende der Grundschulzeit. Die Abschaffung der körperlichen Züchtigung hat in den mit JFC kooperierenden Schulen, auch die Zahl der Schulabbrecher verringert.

Dennoch ist es noch ein weiter Weg, bis das neue Gesetz vollständig umgesetzt wird. Zudem reicht es nicht, körperliche Züchtigung nur an Schulen zu verbieten. Viele Lehrer sagen, solange Eltern ihre Kinder schlagen, werde sich nichts ändern. In Familien mit teilweise einem Dutzend Kindern ist es für die Eltern schwer, jedem Kind zu erklären, warum es welche Regeln einhalten muss. Für überforderte Eltern ist die Prügelstrafe der einfachste Weg. Mit einer Geburtenrate von 5,8 im Jahr 2016 (Quelle: CIA World Factbook) zählt Uganda zu den Ländern mit dem höchsten Bevölkerungswachstum weltweit.

Es kommt nun darauf an, das Momentum zu nutzen und die Bemühungen um ein Ende der körperlichen Züchtigung zu verstärken – sowohl in Schulen als auch zu Hause. Uganda braucht mehr Vorbilder wie den Grundschuldirektor aus Kampala. Je sichtbarer die positiven Auswirkungen alternativer Disziplinarmaßnahmen werden, desto wahrscheinlicher wird ein Ende der Prügelstrafe.

## LINK

**Global Initiative to End All Corporal Punishment of Children:**

<http://www.endcorporalpunishment.org/>



### MOSES NTENGA

ist Geschäftsführer der Organisation Joy for Children Uganda in Kampala.

[ntengam@joyforchildren.org](mailto:ntengam@joyforchildren.org)

<http://www.joyforchildren.org>



### ANGELINA HENRICH

ist Sozialarbeiterin und arbeitet ehrenamtlich bei Joy for Children Uganda.

[angelina@joyforchildren.org](mailto:angelina@joyforchildren.org)

# Vergessene Verantwortungsträger

**In Nigeria lebt eine schutzbedürftige Gruppe, der die Behörden dringend mehr Beachtung schenken müssten: minderjährige Jugendliche, die Haushalte führen und sich um ihre jüngeren Geschwister kümmern.**

Von Damilola Oyedele

Olawumi Ishola war 15, als ihre Eltern starben. Von da an kümmerte sie sich als Ersatzmutter um ihre 13, neun und drei Jahre alten Geschwister. Die vier Kinder leben in Abuja, der Hauptstadt Nigerias.

Olawumis Vater starb nach langer Krankheit, die Mutter wenige Monate später, offenbar an gebrochenem Herzen. „Ich erinnere mich, dass sie sich sehr nah waren“, sagt

sie. „Als seine Krankheit schlimmer wurde, brachte meine Mutter ihn in unsere Heimatstadt in Osun. Nach dem Tod der beiden wollte kein Verwandter uns alle vier aufnehmen.“

Eine Tante versprach, sich um die beiden jüngsten Kinder zu kümmern, und so kehrte Olawumi mit ihrem 13-jährigen Bruder Michael nach Abuja zurück. Einige Monate später erfuhr sie, dass ihr neunjähriger Bruder von der Tante misshandelt wurde. „Ich konnte es nicht ertragen. Mir wurde gesagt, er werde gezwungen, alle Arbeiten zu erledigen, und ständig geschlagen. Ich lieh mir Geld und holte ihn und unsere kleine Schwester zurück“, berichtet sie.

Sie hatte weder einen Job noch eine Ausbildung und war eigentlich nicht in der

Lage, die Verantwortung für ihre Geschwister zu übernehmen. Hilfe gab es von niemandem, auch nicht von der Regierung. Die Waisenkinder kämpften um ihr Überleben. Wie zu erwarten, brachen sie die Schule ab. Die beiden Älteren verrichteten niedere Arbeiten, um die Familie zu ernähren und zu kleiden und die Miete für das Zimmer zu bezahlen, das sie ihr Zuhause nannten.

„Wir haben Kämpfe durchgestanden, an die ich mich nicht erinnern möchte. Wer nicht das Gleiche erlebt hat, kann sich nicht vorstellen, was wir durchgemacht haben“, sagt sie mit Tränen in den Augen. Ihr Bruder Michael arbeitete auf Baustellen und wurde Maurer. „Ich verdiene jetzt etwas mehr Geld, damit unser Bruder eine Ausbildung machen kann“, sagt er.

Acht Jahre nach dem Tod der Eltern ist offensichtlich, wie verheerend dieser Schicksalsschlag für die vier Geschwister war. Sie haben keine Bildung und keine Qualifikation, ihre Zukunft sieht düster aus.



Olawumi Ishola und ihr Bruder Michael – acht Jahre nach dem Tod ihrer Eltern leben sie noch zusammen.



Die Kleinste war drei, als ihre Eltern starben. Sie schaffte es, die sechsjährige Grundschulzeit an einer staatlichen Schule zu beenden. Der Unterricht war kostenlos, aber schlecht. Da sie ihre älteren Geschwister finanziell nicht belasten möchte, will sie nicht auf die weiterführende Schule gehen.

Chinwe Okafor (Name geändert) hat eine ähnliche Geschichte. Als Teenager kümmerte sie sich um ihre zwei kleinen Brüder. Mit 15 Jahren heiratete sie und hoffte, dass dann alles leichter würde. Leider war dem nicht so: Ihr Ehemann misshandelte sie und sie verließ ihn. Nun kümmert sie sich nicht nur um ihre beiden Brüder, sondern auch um das Kind, das aus der kurzen Ehe hervorgegangen ist. Sie ist jetzt 17.

Junge Verantwortungsträger sind in einer schwierigen Lage. Sie haben selten genug Geld, um die Grundbedürfnisse ihrer Familien zu erfüllen. Meist fehlt ihnen eine Ausbildung und sie übernehmen niederste Jobs. Sie helfen in Haushalten, putzen, arbeiten als Träger auf den Märkten, als Wasserverkäufer oder anderes. Manche werden in ihrer Verzweiflung zu Sexarbeiterinnen oder Kleinkriminellen.

Glaubensgemeinschaften, Nichtregierungsorganisationen und andere Organisationen kümmern sich um Waisenkinder in Nigeria. Auf die Bedürfnisse von verwaisten Familienernährern, die ihr Bestes tun, um das zusammenzuhalten, was von ihrer Familie übrig geblieben ist, gehen die meisten jedoch nicht ein.

Es gibt keine zuverlässigen Statistiken über derartige Teenager-Haushalte. Aber es dürften in den vergangenen Jahrzehnten mehr geworden sein – durch die HIV/Aids-Epidemie sowie ethnische Konflikte, religiöse Gewalt und Terrorismus sind viele Kinder verwaist.

Laut dem Nigeria Demographic and Health Survey (NDHS) von 2013 sind sechs Prozent der Bevölkerung Waisenkinder unter 18 Jahren. Zum Erhebungszeitpunkt lebten in Nigeria schätzungsweise 180 Millionen Menschen. Die meisten Waisenkinder gab es im Südosten Nigerias (11 Prozent), die wenigsten (jeweils 4 Prozent) im Nordwesten und Nordosten. Diese Umfrage wird alle fünf Jahre durchgeführt – die nächste wird voraussichtlich Anfang nächsten Jahres veröffentlicht. Durch die Eskalation des Boko-Haram-Terrors dürfte sich die Situation im Nordosten deutlich verschlimmert haben.

## HILFE BENÖTIGT

Den offiziellen Daten zufolge erhalten 95 Prozent der Waisen und gefährdeten Kinder weder von Regierungsbehörden noch von Verwandten ordnungsgemäße Unterstützung. Sie haben keinen Zugang zu sozialen Diensten, Bildung, medizinischer und psychologischer Hilfe und oft nicht einmal zu Lebensmitteln und sauberem Trinkwasser.

Viele Kinder, die in Waisenheimen aufwachsen, müssen die Schule verlassen und geben ihr Bestes, um den jüngeren Geschwistern den Schulbesuch zu ermöglichen. Der Rat von Erwachsenen fehlt ihnen, viele werden schon vor dem 15. Lebensjahr sexuell aktiv. Frühe Ehen, ungewollte Schwangerschaften und sexuell übertragbare Krankheiten – inklusive HIV/Aids – verschärfen die Probleme. Diese Jugendlichen kämpfen ums Überleben und die Versorgung ihrer kleinen Familien. Es erstaunt kaum, dass viele durch kriminelle Aktivitäten wie Schlägereien oder Diebstahl ihren Lebensunterhalt verdienen.

Allerdings übernehmen sie Verantwortung, so gut sie können. Sie entscheiden sich, mit ihren Brüdern und Schwestern zusammenzubleiben, weil sie emotionale Unterstützung voneinander erhalten, um den Verlust ihrer Eltern zu verkraften. Es wäre sinnvoll, diese spezifische Gruppe traumatisierter Menschen gezielt zu unterstützen. Die meisten Kinderhilfsorganisationen tun dies nicht, auch nicht das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF). Es führt mehrere Projekte in Nigeria durch, vor allem in Lagern für Binnenvertriebene. Um Waisenkinder, die ihre Geschwister versorgen, kümmern sie sich jedoch nicht.

Manche Waisenhäuser haben jedoch einen anderen Ansatz, wie etwa das Alpha- und-Omega-Waisenhaus am Stadtrand von Abuja. Dieses nimmt sich der Kinder an, die ihre Familien versorgen, bietet ihnen grundlegende Hilfestellung und Betreuung durch Erwachsene an. Dabei können die Kinder weiterhin zu Hause leben.

Elizabeth Ariyo ist die Betreiberin des Waisenhauses. Sie sagt, sie bleibe in Kontakt mit diesen Kinder-Familien. Ihre Möglichkeiten sind jedoch begrenzt. Sie hat genug damit zu tun, sich ausreichend um die Bedürfnisse und die Bildung der 55 Kinder zu kümmern, die sie in ihr Waisenhaus aufgenommen hat.

Ariyo erzählt: „Wir haben freiwillige Betreuer, die die jugendlichen Verantwortungsträger im Auge behalten, sie beraten und aufpassen, dass sie nicht in Schwierigkeiten geraten. Das ist wichtig, denn egal welche Probleme sie haben, wenn sie auf die falsche Seite des Gesetzes geraten, wird alles nur schlimmer und es wird keine Rücksicht auf ihre Situation genommen“, sagt sie.

Kiema Oglunlana ist Geschäftsführerin der Wohltätigkeitsorganisation Sam Empowerment Foundation. Sie fordert gezielte Förderung für extrem gefährdete Gruppen wie diese Teenager-Familien. „Es ist wie im Umgang mit körperbehinderten Menschen – Sehbehinderte werden auch anders behandelt als Hörgeschädigte, weil sie völlig andere Bedürfnisse haben“, argumentiert sie.

Oglunlana beklagt, dass es keine speziellen sozialen Bildungs- oder Sozialprogramme für diese Zielgruppe gibt. Sie findet, die Regierung sollte Ressourcenzentren für die ärmsten Gruppen einrichten. Das Ziel wäre, den jungen Versorgern zu helfen,

- ihre direkte Familie zusammenzuhalten,
- nicht in Schwierigkeiten zu geraten (z. B. durch Verwicklung in Straftaten) und
- Bildung zu erhalten und sich zu qualifizieren.

Sie haben es verdient, darin unterstützt zu werden, selbständig zu werden und sich zugleich angemessen um ihre jüngeren Geschwister zu kümmern.



**DAMILOLA OYEDELE**  
arbeitet als Journalistin in  
Abuja, der Hauptstadt  
Nigerias.  
damiski22@yahoo.com

# Kriegskinder ernähren ihre Geschwister

**Kinder leiden unter dem Bürgerkrieg im Südsudan besonders stark. Viele von ihnen hat die seit vier Jahren anhaltende Gewalt zu Waisen gemacht. Oft müssen Minderjährige die Rolle der Eltern übernehmen und jüngere Geschwister versorgen.**

## Von Parach Mach

Morgens um 6 Uhr steht Kamisa Nyagoa auf, weckt ihre vier jüngeren Geschwister, hilft ihnen beim Waschen und Anziehen und macht Frühstück. Wenn sie die Kleinen zur Schule geschickt hat, sucht Nyagoa Arbeit, um die Familie zu finanzieren. Zu versorgen. Sie ist ein Teenager aus Bentiu, einer Stadt im Norden des Südsudan, und musste in die Erzieherrolle schlüpfen, als ihre Mutter 2016 starb.

„Für meine Mutter hatten wir immer oberste Priorität“, erzählt Nyagoa. „Sie wollte, dass ich mich um die Kleinen kümmere, sollte ihr etwas zustoßen. Es ist mein Versprechen und ein Geschenk für meine Mutter.“

Nyagoa ist selbst erst 13 Jahre alt. Am schwersten, sagt sie, sei es, mit der Trauer fertig zu werden – mit ihrer eigenen und der ihrer Geschwister. Früh verwaist ist Nyagoa entschlossen, alles dafür zu tun, dass die Rumpffamilie intakt bleibt. „Ich muss stark bleiben für meine Geschwister und im Namen meiner Familie.“

Lebensumstände wie ihre sind im Südsudan inzwischen allzu normal. Viele Kinder und Jugendliche übernehmen die Verantwortung für jüngere Geschwister, weil der Krieg sie zu Waisen gemacht hat und Verwandte sie im Stich ließen (siehe Kasten, S. 32).

## KINDER ALS ERNÄHRER

Der 15-jährige Jima Deng verlor beide Eltern bereits bei Ausbruch des Krieges vor vier Jahren. Er versorgt seine drei Geschwister. Die Kinder waren zunächst zu einem Onkel mütterlicherseits nach Bor im Bundesstaat

Jonglei gezogen, wo sie zur Schule gingen. Aber Dengs Onkel war sehr arm und nicht in der Lage, die vier Kinder zu ernähren. Er schickte sie fort. „Seit ich meine Eltern verloren habe, hat kein Verwandter uns mehr unterstützt“, sagt Deng. „Mein Onkel hat sich von uns abgewandt, obwohl er etwas anders versprochen hatte.“

Besonders hart ist es, wenn Deng krank ist und kein Geld verdienen kann. Zurzeit arbeitet er als Kellner in Konyokonyo, dem belebtesten Markt in der Hauptstadt Juba. Die Geschwister leben dort in einer zeltartigen Hütte aus Pfählen und Plastiktüten in Mahad, einem der Flüchtlingscamps. Hier fühlt sich Deng sicherer als draußen, und „außerdem können meine Geschwister hier zu Schule gehen“. Deng hofft auf eine bessere Zukunft.

Nyon Manyok ist 17 Jahre alt und weniger optimistisch. Sie muss für fünf jüngere Brüder und Schwestern sorgen. „Die Last auf meinen Schultern ist zu groß“, sagt sie. „Das Leben ist unfair.“ In Juba bewohnen die sechs Waisen eine Lehmhütte mit nur einem Zimmer. Die Monatsmiete beträgt

2000 südsudanesisches Pfund (umgerechnet etwa zehn Dollar). Früher lebte die Familie in Yei, im Süden. Doch als der Krieg in der Region wütete, wurden beide Eltern getötet und das Haus niedergebrannt. Als die Kämpfe zwischen Rebellen und Regierungstruppen 2016 wieder aufflammten, floh Nyon mit ihren Geschwistern in die Hauptstadt.

Manyok brach die Schule ab. „Ich sehe keine Zukunft. Meine Geschwister brauchen mich. Die Verantwortung für sie erlaubt mir nicht, irgendetwas zu tun, um mein Leben zu verbessern“, sagt Manyok. Statt zur Schule zu gehen und etwas zu lernen, muss sie nach Gelegenheitsjobs Ausschau halten, um die Familie zu ernähren. Manyok lebt in einer extrem prekären Situation. Wie viele andere trägt sie eine Verantwortung, die weit über dem liegt, was einer Minderjährigen zugemutet werden kann.

Viele Waisen sind auf die Hilfe von Kirchen oder internationalen Organisationen angewiesen. Sunday Lam Ojuk ist 13 Jahre alt. Er erzählt, dass seine Mutter von Bewaffneten zu Tode gefoltert wurde. Lam und seine beiden 10 und sieben Jahre alten Brüder blieben allein zurück. Lam ist jetzt deren einziger Beschützer. „Es war außer mir niemand da, um sich um sie zu kümmern“, sagt der Dreizehnjährige. „Hätte ich nicht die Aufgabe meiner Eltern übernommen, hätte niemand das getan.“

Wie tausende Binnenflüchtlinge (internally displaced persons – IDPs) lebt Lam



UN-Lager in Juba 2015.



mit seinen Brüdern in einem sogenannten Protection of Civilians (PoC) Camp der UN in Juba. Dort bekommen sie Essensrationen. Es gibt sauberes Wasser und psychologische Unterstützung.

Dennoch ist nicht alles in Ordnung. „Die UN verteilt Lebensmittel“, sagt Lam, „aber es reicht nie.“ Die Stimmung im Lager macht ihm auch zu schaffen. „Die meisten Leute hier haben keine Hoffnung auf ein besseres Leben“, sagt er. „Wir haben genug vom Krieg. Viele von uns hier gehen nicht zur Schule.“ Lam macht sich Sorgen, was aus seinen Brüdern werden soll, „wenn wir länger im Camp bleiben“. Trotz seiner de-

primierenden Situation hofft Lam, selbst einmal Arzt zu werden. „Wenn die Umstände es erlauben, werde ich studieren.“ Lams Heimatort liegt 60 Meilen südlich von Juba. Dorthin will er mit seinen Geschwistern zurückkehren, sobald wieder sicherer Frieden herrscht: „Ohne Frieden können wir nicht nach Hause.“



**PARACH MACH**  
ist Journalist und lebt in Juba,  
der Hauptstadt des  
Südsudan.  
[parachmach@gmail.com](mailto:parachmach@gmail.com)

## Kollateralschäden

Der Konflikt im Südsudan begann im Dezember 2013 als Machtkampf innerhalb der Regierungspartei Sudan People's Liberation Movement (SPLM). Präsident Salva Kiir überwarf sich mit seinem damaligen Stellvertreter Riek Machar. Aus der Auseinandersetzung wurde schnell ein Bürgerkrieg. Zigtausende wurden getötet, fast die Hälfte der Bevölkerung vertrieben. Auch Mangel an Lebensmitteln, sauberem Wasser und medizinischer Versorgung bedroht Menschenleben.

Dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, UNICEF, zufolge wächst die Zahl der schutzbedürftigen Kinder. Zuverlässige Statistiken gibt es nicht. „Ohne Eltern sind Kinder stärker gefährdet, missbraucht und vernachlässigt zu werden. Sie stehen vor großen Problemen: Stigmatisierung, Isolation, keine oder nur niedrige Schulabschlüsse, Kriminalität und Obdachlosigkeit“, urteilt ein UNICEF-Mitarbeiter. „Wir bringen Kinder mit Erwachsenen zusammen, die sie aufziehen, oder wir suchen

nach Angehörigen der Waisen. Der Südsudan hat eine Kultur starker Gemeinschaften mit ausgeprägtem Zusammenhalt, was die weitverbreitete Praxis von verwandtschaftlicher und informeller Pflege belegt.“

Traditionell wird ein verwaistes Kind von der Großfamilie oder auch Nachbarn, die nicht der Familie angehören, versorgt. Doch der Zusammenhalt ist im Krieg erodiert.

Der Bürgerkrieg „bedroht eine ganze Generation“, heißt es in einem aktuellen UNICEF-Bericht. Über die Hälfte aller

Minderjährigen im Südsudan ist vermutlich von Zwangsrekrutierung, Nahrungsmittelknappheit oder fehlender Schulbildung betroffen. UNICEF schätzt, dass Armee und Milizen seit Dezember 2013 über 19000 Kinder rekrutiert haben. Rund 2 Millionen Kinder gehen nicht zur Schule. Eine weitere Million musste flüchten. Massen leiden unter Hunger und Mangelernährung. Viele Waisen müssen Geld verdienen, um sich und ihre Geschwister zu versorgen.

Awut Deng Achuil, Südsudans Ministerin für Gleichstellung, Kinder und Soziales sagt, es gebe kein staatliches Pflegesystem und sie kämpfe

dafür, so etwas für Kinder einzurichten. „Das Land ist in einer Krise von Bürgerkrieg und wirtschaftlichen Problemen“, sagt sie. „Aber die Regierung muss alternative Pflegemodelle für gefährdete Kinder schaffen, um sie angemessen zu unterstützen und ihr Wohl zu sichern.“ Die Ministerin betont, der Südsudan habe sich „verpflichtet, mit nationalen und internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten, um die Entwicklung eines Pflegefamiliensystems für Kinder im Land zu unterstützen und einzuführen.“

Aber ihre Regierung hat keine Kontrolle über das Land. Erneute Konflikte seit Juli 2016 haben die humanitäre Krise verschärft. Seit Ausbruch der Gewalt sind 2 Millionen Menschen in Nachbarländer geflohen – fast 70 Prozent davon sind Kinder.

Die ökonomische Lage wird immer schlechter. Die Inflation schießt in die Höhe und die Lebensmittelversorgung ist unzuverlässig. Schätzungen zufolge ist die Ernährung von zwei Fünfteln der Bevölkerung ernsthaft gefährdet. Zu denen, die Hunger am empfindlichsten trifft, gehören die Kinder. (pm)



Flüchtlingskinder in einem Lager in Norduganda.



# Gestohlene Kindheit

**In Burundi haben viele Mädchen und Jungen keine unbeschwerte Kindheit. Der lange Bürgerkrieg, zerrüttete Familien und Armut zwingen zahlreiche Kinder auf die Straße. Oft müssen sie schwer arbeiten oder werden früh verheiratet, statt zur Schule zu gehen. Eine Stiftung versucht, wenigstens einigen Kindern ein besseres Leben zu ermöglichen.**

Von Verena Stamm

Burundis Kinder haben die gleichen Wünsche wie alle Kinder der Welt. Sie möchten spielen, in die Schule gehen, genügend zu essen haben, ein ruhiges Familienleben genießen und in Frieden leben. Aber dies gibt es seit Jahrzehnten so gut wie nicht mehr. Stetige Unruhen und Bürgerkriege, vor allem 1972 und 1993 mit verheerenden Folgen, zermürbten die Familien und Kinder und ließen viele zu Halb- und Vollwaisen werden.

Seit Mitte 2015 hat sich die Lage nochmal verschlimmert und eine andere Dimension angenommen. Ende April 2015 wurde in der Hauptstadt Bujumbura und Umgebung gegen die höchst umstrittene Wiederwahl des Präsidenten Pierre Nkurunziza de-

monstriert (siehe E+Z/D+C e-Paper 2016/02, S. 47). Nach einem misslungenen Putschversuch wurde die staatliche Reaktion brutaler, Polizisten erschossen viele junge Menschen und viele Familien flohen. Jugendliche, die demonstrierten, wurden gesucht, verhaftet und misshandelt. Seit 2016 werden Kinder und Jugendliche regelmäßig auf der Straße aufgelesen und in ein Untersuchungsgefängnis gebracht. Viele von ihnen sind Kleinhändler, und ihre Waren werden beschlagnahmt. Kinder berichten, dass sie die meiste Gewalt durch die Polizei erleben.

Dass viele Kinder in Burundi auf der Straße leben, hat verschiedene Gründe. Durch den jahrelangen Bürgerkrieg leidet die Bevölkerung unter bitterer Armut und die Familienstrukturen sind vielfach zerstört. Die zahlreichen Witwen heirateten erneut, weil eine Frau in Burundi nur als Ehefrau voll anerkannt und respektiert wird. Dabei bleiben häufig die Kinder aus erster Ehe auf der Strecke. Denn der neue Ehemann behandelt diese oft nicht gut. Kinder werden fast immer als Arbeitskraft ausgebeutet. In der Stadt müssen sie Hausarbeiten machen, während ihre Halbgeschwister in die Schule gehen. Ihnen bleibt der Schulbe-



such verwehrt. Den Kindern und Jugendlichen auf dem Land geht es nicht anders. Sie müssen Tiere hüten, täglich Wasser und Brennholz holen und nachts oft draußen schlafen. Wenn keine weiteren Verwandten einspringen, reißen Kinder nicht selten aus, um sich in der Hauptstadt Bujumbura auf der Straße durchzukämpfen.

## MÄDCHENLEID

Besonders Mädchen leiden unter diesen prekären Familienverhältnissen. Traditionell ist das älteste Mädchen für die nachfolgenden Kinder verantwortlich. Das heißt, dass sie meist nicht zur Schule gehen darf. Sie muss die kleinen Geschwister versorgen, der Mutter bei der Feldarbeit helfen und sonstige Hausarbeiten erledigen. Hat sie die Chance, in die Schule zu gehen, wird sie meistens nach sechs Jahren herausgenommen. Sie ist dann in der Pubertät und wird in vielen Gebieten des Landes früh verheiratet.

Das ist zwar per Gesetz verboten, die Eltern ignorieren dies aber. Die aktuelle Armut verschlimmert die Situation noch. Denn eine Heirat bedeutet eine Mitgift für die Familie. Außerdem wird das Mädchen von der Familie des Mannes übernommen und versorgt. Sie verlässt das Familienhaus für immer – bei traditionellen Hochzeiten oft unter Tränen. Diese zu früh verheirateten Mädchen sind den Gefahren einer Schwangerschaft und schwerer Arbeit ausgesetzt.

Ist ein Mädchen Halbwaise und bekommt eine Stiefmutter, wird sie oft schlecht behandelt und als Arbeitskraft ausgenutzt. Im Falle eines Stiefvaters besteht die Gefahr der Vergewaltigung und einer ungewollten Schwangerschaft. Die Lage ist für ein schwangeres Mädchen dramatisch, denn sie wird auch noch von der Familie verstoßen.



Kinder in der Schule der Fondation Stamm.

Die Fondation Stamm hilft schwangeren Mädchen, die auf sich allein gestellt sind, in einem Heim exklusiv für minderjährige Mütter. Die gemeinnützige Stiftung betreibt mittlerweile verschiedene Kinderheime für Waisen und Straßenkinder in Bujumbura und auf dem Land sowie Schulen und ein Krankenhaus (siehe Kasten unten).

Auch in einer intakten Familie haben es die Kinder in Burundi im Allgemeinen und besonders die Mädchen nicht leicht. Die Geborgenheit der Großfamilien ist durch die Armut verlorengegangen. Mädchen müssen oft im frühen Alter bei wohlhabenden Familien für geringe Bezahlung als Kindermädchen arbeiten. Das Hüten von vielen Kleinkindern ist zum Beispiel für eine Zwölfjährige erschöpfend. Und es besteht immer die Gefahr, dass ein Haushaltsmitglied sie vergewaltigt.

Oder sie wird auch hier jung an anderes Personal verheiratet – was schnell wieder in einer ungewollten Schwangerschaft endet. Ein Mädchen, der die Fondation Stamm helfen konnte, ist Adèle, die ihre Eltern durch den Bürgerkrieg verlor. Sie wohnte bei der Großmutter und wurde geschwängert. Daraufhin wurde sie des Hauses verwiesen und musste in Bujumbura als Kindermädchen arbeiten. Als man

dort ihre Schwangerschaft bemerkte, wurde sie hinausgeworfen. Die Fondation Stamm nahm sie auf und Adèle konnte wieder zur Schule gehen. Heute, nach guter Ausbildung, arbeitet sie als Buchhalterin. Dies ist einer der wenigen glücklichen Fälle.

## JUNGENAUFGABEN

Auch Jungen haben es selbst in intakten Familien nicht leicht. Traditionell ist ein Junge für die Eltern im hohen Alter verantwortlich. Jungs dürfen eher zur Schule gehen. Dafür erwartet und erhofft die Familie nach der Ausbildung eine Unterstützung und die Entlohnung für die Schulausgaben. Heute steht das gute Zusammenleben durch die hohe Arbeitslosigkeit auf dem Spiel, da viele Jungen auch mit Ausbildung und Diplom keine Arbeit finden. Viele machen dann ein kleines Geschäft auf, um Geld zu verdienen. Der Großteil steht aber auf der Straße und verkauft gerade mal Nüsse, gekochte Eier, gebrauchte Kleidung aus Europa oder Sim-Karten. Die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen betrachten wir als eine Zeitbombe, denn sie zermürt sie oder lässt sie revoltieren.

Mädchen sieht man nicht auf der Straße Waren zum Verkauf anbieten. Viele

Ausgebildete suchen Arbeit im Bereich der Bistros oder Lebensmittelläden, was selten mit ihrer Ausbildung zu tun hat. Die einfachen Mädchen bieten sich selber zum Verkauf an und verdienen ihr Geld mit Prostitution.

Wenn sie können, gehen Kinder mit Begeisterung in die Schule. In den Städten bemerkt man inzwischen eine große Zahl von Mädchen in den Klassen, die immer besser abschneiden. Kinder auf dem Land haben große Schwierigkeiten, die Schule zu besuchen und zu beenden. Viele Familien wohnen weit zerstreut, und die nächste Schule ist schwer zu erreichen.



**VERENA STAMM**  
ist die Gründerin der  
Fondation Stamm, die sich für  
Straßen- und Waisenkinder in  
Burundi einsetzt. Deutscher

Partner ist der Verein burundikids. Im November 2017 erhielt sie das Bundesverdienstkreuz für ihr Engagement. Mehrere ihrer Kooperationsprojekte wurden von Engagement Global gefördert.  
[verenast@fondation-stamm.org](mailto:verenast@fondation-stamm.org)  
<https://www.fondation-stamm.org/>  
<http://burundikids.org/index.html>

## Die Arbeit der Fondation Stamm

Unsere gemeinnützige Stiftung Fondation Stamm nahm 1999 die Arbeit auf. Wir haben verschiedene Heime für Straßenkinder in der Stadt sowie auf dem Land eröffnet. Die ersten Kinder, die aufgenommen wurden, waren Straßenkinder, die dem brutalen Dasein als Kindersoldaten entflohen sind. Ein Beispiel ist Reverien, der es bei den Rebellen nicht mehr aushielt und sie verließ, bis wir ihn von der Straße aufnahmen. Er beendete eine Krankenpfleger-Ausbildung in unserer Schule und sagte so schön: „Ich bevorzuge es, Menschen zu heilen,

anstatt sie mit der Kalaschnikow zu töten.“

Die Ziele der Fondation Stamm sind wie folgt:

- Schutz und Verteidigung der Kinderrechte,
- Zugang zu Bildung für alle und jeden,
- Zugang zu medizinischer Grundversorgung für alle und jeden,
- nachhaltige Entwicklung und Schutz der Ökosysteme.

Aus diesen Beweggründen kamen zu den Kinderheimen verschiedene weitere Einrichtungen hinzu, zunächst verschiedene Schulen, die zum

Teil vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert wurden. Neben allgemeinbildenden Schulen eröffnete die Fondation auch Berufsfachschulen für soziale und technische Ausbildungen (Krankenpflege, MTA, PTA, Verwaltung, Hotelfach, Elektromechanik, Informatik). Eine weitere Schule wurde für Umweltschutz, Landwirtschaft und Viehzucht auf dem Land eröffnet.

Die Fondation betreibt auch ein Krankenhaus mit inzwischen 40 Betten und zwei OP-Sälen. Es gibt eine Wöchnerinnenstation, und unsere Ärzte nehmen Kaiserschnitte vor.

Wir haben auch ein „diskretes“ Heim für schwierige Fälle eröffnet. Darunter sind Kinder, deren Eltern verschwunden sind, die im Gefängnis sitzen, Kinder, die verletzt, Mädchen, die vergewaltigt wurden, oder Jugendliche, denen die Oppositionsparteizugehörigkeit angekreidet wurde. Jungen Menschen, die willkürlichen Verhaftungen ausgesetzt sind, geben wir juristischen Beistand.

Zusätzlich leisten wir viel Aufklärungsarbeit und Unterstützung in Form von Schulheften und Uniformen, um Eltern klarzumachen, wie wichtig Schulbildung ist. Alles in allem, versuchen wir den Kindern ihre Kindheit zurückzugeben. (vs)

# Leben in der Warteschleife

**Ein Teil der Geflüchteten, die in Deutschland oder anderen europäischen Ländern Schutz suchen, sind unbegleitete Minderjährige. Ohne Familie ist es für sie besonders schwer, ein neues Leben im Aufnahmeland zu beginnen. Doch es gibt staatliche und zivilgesellschaftliche Organisationen, die ihnen bei den ersten Schritten in der Fremde helfen.**

Von Rayna Breuer

In Dormagen in Nordrhein-Westfalen sitzt ein Jugendlicher in seinem kleinen Zimmer im zweiten Stockwerk eines WG-Hauses. Ein deutsch-englisches Wörterbuch, lose Blätter, ein DIN-A4-Heft voller Vokabeln sind auf dem Schreibtisch verstreut. Omar (Name geändert) aus Sierra Leone ist am 27. Dezember 2017 nach Deutschland gekommen: über Guinea, Mali, Algerien nach Marokko, dann mit einem Schlauchboot bis Spanien. Vier Monate Flucht reduziert auf die Aufzählung der durchquerten Länder.

Bis zu seinem 10. Lebensjahr sei er zur Schule gegangen, erzählt er. Nach dem Tod seiner Mutter habe er die Schule abgebrochen. Der Alltag – Gewalt, Angst und Drohungen. Das Ziel – einfach nur weg. Mehr möchte der 16-Jährige nicht erzählen. Seit einer Woche lebt er in einer sogenannten Verselbstständigungsgruppe. Das Ziel einer solchen Einrichtung ist es, Minderjährigen und jungen Volljährigen dabei zu helfen, ein selbstständiges und eigenverantwortliches Leben führen zu können.

„Bitte Licht ausmachen“ steht auf Persisch über jedem Schalter. „Zu oft vergessen sie, das Licht auszumachen“, sagt Pinar Inal. Sie ist die Leiterin der Einrichtung zur Verselbstständigung von „Türkische Biographien“, einem interkulturellen Kinder- und Jugendhilfeträger mit Sitz in Neuss. Türkische Biographien besteht seit 2009 und hat ambulante und stationäre Einrichtungen in vier verschiedenen Städten in Nordrhein-Westfalen.

## MOTIVIERTE JUGENDLICHE

Pinar Inal ist von Anfang an dabei. Zunächst lag der Fokus nur auf türkischen Kindern



**Omar aus Sierra Leone (Name geändert und Foto anonymisiert), der in einer sogenannten Verselbstständigungsgruppe in Dormagen lebt.**

und Jugendlichen, inzwischen betreuen sie Familien und Kinder in 16 Sprachen. „Alle reden von Migrationshintergrund – uns geht es um Biographien“, sagt Inal. Es geht um die Biographien jener Kinder und Jugendlichen, die dazukommen, und jener Erwachsenen, die mit ihnen arbeiten. Omar ist eine dieser vielen Biographien.

„Er ist sehr motiviert, Deutsch zu lernen. Wenn wir zusammen auf der Straße unterwegs sind, dann fragt er mich: Wie heißt Lkw auf Deutsch? Wie heißt Ampel? Straße? Er fragt mich nach der Farbe der Autos, der Ampel. Er sagt es auf Englisch, ich auf Deutsch. Und so bringen wir uns gegenseitig Sprachen bei – er mir Englisch, ich ihm Deutsch“, sagt Pinar Inal.

Die Sozialpädagogin hat langjährige Erfahrung mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen. Seit dem denkwürdigen Satz „Wir schaffen das“ von Bundeskanzlerin Angela Merkel Ende 2015 hat sich vieles verändert. Mitte September hatte die deutsche Regierung entschieden, die Flüchtlinge

aufzunehmen, die in Ungarn am Bahnhof gestrandet waren. Über die sogenannte Balkanroute kamen hunderttausende Menschen vor allem aus Syrien nach Deutschland und wurden von vielen Menschen willkommen geheißen und bejubelt.

„Damals waren die Einrichtungen überfüllt, wir mussten teilweise sogar in Absprache mit dem Jugendamt Plätze kurzzeitig überbelegen“, berichtet Inal. Mittlerweile seien die Zahlen wieder zurückgegangen. „Die Anfragen sind nicht mehr so enorm viel.“ Ihr Eindruck deckt sich mit den offiziellen Zahlen: 2015 haben 22 255 unbegleitete Minderjährige einen Asylersantrag eingereicht. 2016 waren es 35 939. In der ersten Jahreshälfte des vergangenen Jahres waren es gerade noch 5702. Ein deutlicher Rückgang.

Derzeit leben fünf Jugendliche in der Verselbstständigungsgruppe in Dormagen: vier aus Afghanistan und Omar aus Sierra Leone. Der Älteste ist 18 Jahre; der Jüngste, Omar, ist 16. Sie werden täglich sieben Stunden betreut, sieben Tage die Woche. „Wir gehen mit ihnen gemeinsam einkaufen. Sie müssen lernen, auf die Preise zu gucken und nicht einfach irgendeine Milch zu nehmen. Wir besprechen die festen Lernzeiten, erstellen den Essens- und Putzplan zusammen. Ich bin überrascht, wie aufgeräumt ihre Zimmer sind. Das hätte ich bei fünf Jugendlichen gar nicht gedacht“, sagt Inal.

Am Montag war Omar mit Kochen dran. Er hat Jollof-Reis gekocht. Auf die Frage, was das sei und welche Zutaten da hineinkommen, reagiert er erstaunt: Das sei ein typisches westafrikanisches Essen, sehr bekannt. Er zählt die Zutaten auf Englisch auf. „Hähnchen, Reis, Tomaten und die roten langen ...“ Das Wort fällt ihm nicht ein, und so sprintet er zur Küche und bringt rote Paprika aus dem Kühlschrank. „Es soll ziemlich gut geschmeckt haben, denn am nächsten Tag war der Topf leer“, erklärt Pinar Inal.

Die vier afghanischen Jugendlichen, die mit Omar in der Einrichtung leben, besuchen „Fit für mehr“. Das ist eine staatliche Maßnahme, die sich an 16- bis 25-jährige Neuzugewanderte richtet. Auf dem Berufskolleg werden sie bis zu einem Jahr lang sprachlich, mathematisch, kulturell und politisch-gesellschaftlich für ihren weiteren Bildungsweg vorbereitet. Nach Abschluss dieser Maßnahme können die Jugendlichen

auf eine normale Schule gehen und dort den regulären Abschluss machen oder sich auf einen Ausbildungsplatz bewerben. Omar wird ab nächster Woche das Berufskolleg besuchen. Die Aufregung ist groß. Die Hoffnungen auch.

## RECHTE UND PFLICHTEN

„Die Jugendlichen kommen mit großen Erwartungen und Vorstellungen zu uns“, sagt Pinar Inal. „Einige kommen im Glauben zu uns, dass der Staat alles finanzieren muss, dass sie viele Rechte haben und weniger Pflichten“, sagt Inal. Auch beim Thema Ausbildung gebe es viel Aufklärungsbedarf. „Wir erklären ihnen, dass es ohne Abschluss

und die anderen Betreuer sind jetzt meine Familie.“ Heute ist er alleine im Haus, die anderen sind Karnevalskostüme kaufen. „Ich werde nicht Karneval feiern, es ist draußen zu kalt für mich“, sagt Omar. Sein Körper ist noch nicht an die örtlichen Temperaturen gewöhnt. Draußen sind es minus 3 Grad; seine Haut ist ganz trocken. Pinar Inal sucht nach einer Creme in der Hausapotheke.

Die Sozialpädagogin findet es gut, dass Kindern und Jugendlichen die Türen geöffnet werden und geholfen wird. „Ich finde, die finanzielle Unterstützung, die sie bekommen, ist sehr großzügig, auch wenn es in den Augen einiger immer noch zu wenig sein mag.“ Sie denkt aber auch, dass

zwischen dem Widerspruch und der endgültigen Ablehnung sei sehr schwierig für sie. „Es ist eine unsichere Zeit, sie haben dann keine Lust auf Schule, lassen alles liegen, es ist nur ein Abwarten, nichts macht mehr Sinn für sie“, sagt sie. Auch für die Betreuer sei diese Situation frustrierend. Man habe den Jugendlichen beraten, begleitet und dann werde er abgeschoben.

## VERSCHÄRFTES GESETZ

Die neuen Gesetze machen eine solche Abschiebung sogar leichter. Am 29. Juli 2017 trat in Deutschland das „Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“ in Kraft. Mit dem Gesetz wurde unter anderem der Abschiebungsgewahrsam und die Verbleibspflicht in Aufnahmeeinrichtungen ausgeweitet sowie das Auslesen von Handydaten von Asylsuchenden ermöglicht. 2016 wurden insgesamt 25 375 Menschen abgeschoben, die meisten stammten aus den Balkanstaaten Albanien, Kosovo, Serbien und Mazedonien. 2016 wurden aber auch afghanische, irakische und syrische Staatsangehörige aus Deutschland abgeschoben oder in andere EU-Staaten nach der sogenannten Dublin-Verordnung „überstellt“. Diese besagt, dass ein Flüchtling in dem Staat um Asyl bitten muss, in dem er den EU-Raum erstmals betreten hat.

Drei der fünf Jugendlichen in Dormagen haben eine Ablehnung ihres Asylanspruchs bekommen und Widerspruch eingelegt. Einer von ihnen sei unruhig, perspektivlos, depressiv. Omar steht zunächst einmal das Clearing bevor – das sind mehrere Gespräche, bei denen unter anderem festgestellt wird, welche medizinische oder psychologische Behandlung der Jugendliche benötigt. Nachdem der Asylantrag eingereicht wird, beginnt das Warten – bis zu einem Jahr kann es dauern. Omar bleibt nichts anderes übrig, als zu hoffen – und Deutsch zu lernen.



Pinar Inal, Leiterin der Einrichtung in Dormagen.

schwer ist, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Sie wollen alle arbeiten, und das ist gut so, aber davor gehört die Schule“, sagt die Sozialpädagogin.

Über das Leben in Deutschland werden viele falsche Informationen verbreitet. Es entsteht ein verzerrtes Bild über die Rechte und Pflichten in einem Sozialstaat, eine Vorstellung, die sich vom Hörensagen und über die sozialen Medien in den vergangenen Jahren verbreitet und verfestigt hat.

Omar hat keine großen Ansprüche. Er fühlt sich in der WG wohl, sagt er. „Frau Inal

noch genauer hingeschaut werden müsste, wer tatsächlich Hilfe braucht und wer nicht – vor allem bei Frauen und Kindern.

Jugendliche, die die Sprache können und gesellschaftlich angekommen sind, sollten nicht in ihre Heimatländer abgeschoben werden, fordert Inal. „Wir haben die Erfahrung gemacht, dass einige Jugendliche, die volljährig geworden sind, zurückgeschickt wurden. Es kommt nicht oft vor, aber wir hatten solche Fälle“, bedauert sie. „Sobald die Jugendlichen eine Ablehnung bekommen, werden sie panisch.“ Die Phase

## LINK

Interkultureller Kinder- und Jugendhilfeträger „Türkische Biographien“:  
<http://www.tuerkise-biographien.de/>



**RAYNA BREUER**  
ist Journalistin und lebt in Köln.  
[rayna.breuer@googlemail.com](mailto:rayna.breuer@googlemail.com)

## Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Sie stellen eine gesonderte Flüchtlingsgruppe dar, die eines besonderen Schutzes bedarf. Ihre Herkunftsländer wie auch ihre Fluchtgründe sind unterschiedlich. Doch eins haben sie gemeinsam: Sie sind jung, allein und verwundbar. Unbegleitete Minderjährige sind Kinder und Jugendliche, die das 18. Lebensjahr noch nicht überschritten haben; sie sind von beiden Eltern getrennt und werden nicht von mindestens einer erziehungsberechtigten erwachsenen Person unterstützt.

Es gibt viele Gründe, wieso Kinder flüchten: Krieg, Trauma, Armut, Mangel, Tod. Einige werden auf der langen Flucht von ihren Eltern getrennt. Andere sind Waisen und wollen dem Elend und der Gewalt in der Heimat entkommen; wieder andere begeben sich in die Hände von Schleppern und Schmugglern in der Hoffnung, einen sicheren Ort zu erreichen.

In Mitteleuropa stellen unbegleitete Kinder durchschnittlich zwei bis drei Prozent aller Asylanträge. Zwischen Januar und September 2017 kamen über 25 300 Kinder in Griechenland, Italien, Bulgarien und Spanien an, von denen mehr als 14 800 (58 %) unbegleitete und getrennte Kinder waren. Die Zahl stieg im dritten Quartal 2017 gegenüber dem zweiten Quartal 2017 um 33 % (14 800 gegenüber 11 100).

Mehr als 9 800 Kinder wurden 2017 bis Ende September von Griechenland und Italien in andere EU-Länder verteilt. Unter ihnen waren

329 unbegleitete und getrennte Kinder. Der Anteil der Jungen war im Vergleich zu den Mädchen höher (durchschnittlich 7 Jungen pro 3 Mädchen).

Im ersten Halbjahr 2017 war der Großteil der antragstellenden minderjährigen Flüchtlingen in Deutschland 16 oder 17 Jahre alt (ca. 82 %) und männlich (ca. 86 %). Hauptherkunftsländer waren Afghanistan (25,2 %), Eritrea (22,3 %), Somalia (10,2 %), Guinea (8,2 %) und Syrien (7,8 %). Die Gesamt-schutzquote, also die Quote derer, die ein Recht auf Flüchtlingsschutz hatten, betrug rund

80 %. Die Schutzquote ist gegenüber 2016 (ca. 89 %) leicht gesunken. 2015 haben insgesamt 22 255 Jugendliche den Asylerstantrag gestellt, 2016 waren es 35 939, und im ersten Halbjahr 2017 waren es gerade mal 5 702.

Zuverlässige Daten über die Anzahl von unbegleiteten Minderjährigen, die in verschiedenen europäischen Ländern ankommen oder sich dort aufhalten, sind oft nicht verfügbar. Die Anzahl der Asylanträge dient als Hinweis auf Trends, liefert aber nicht notwendigerweise eine genaue Zahl. Gründe sind Rückstände in den nationalen Asylsystemen, fortgesetzte Migration oder gar keine Asylantragstellung.

Europol geht von deutlich höheren Zahlen aus: Für

2016 gab die EU-Polizeibehörde an, dass 27 % aller in Europa ankommenden Flüchtlinge Minderjährige seien. Und Europol weist darauf hin, dass rund 10 000 dieser in Europa registrierten, unbegleiteten Kinder nicht mehr auffindbar seien. Möglicherweise sind sie bei Verwandten untergekommen – oder sie sind von kriminellen Banden aufgegriffen worden, die diese schutzlosen Minderjährigen ausbeuten oder zwangsprostituieren.

Mariyana Berket von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sagt, dass „unbegleitete Minderjährige aus Konfliktregionen die mit Abstand gefährdetste Gruppe unter den Flüchtlingen“ bilden. (rb)



Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind besonders verletzlich und schutzbedürftig: Kinder im Idomeni-Flüchtlingslager an der griechisch-mazedonischen Grenze.

# Digitale Kindheit

**Laut UNICEF sind mehr als ein Drittel aller Internetnutzer Kinder und Jugendliche bis zum 24. Lebensjahr. In Entwicklungsländern ist nur eine kleine Minderheit online. Das Netz bietet Chancen, birgt aber auch Risiken für Kinder.**

Von Drake Jamali

Die Digitalisierung steigert die Möglichkeiten der jungen Generation, sich mit der Welt zu verbinden. Der UNICEF-Bericht „State of the World’s Children 2017“ konstatiert, dass durch Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) immer mehr Menschen Zugang zu hochwertigen Bildungsinhalten wie Lehrbüchern, Videos und Fernunterricht haben – und das zu geringen Kosten.

Allerdings sei die im Internet zugängliche Bildung kein Ersatz für eine kompetente Schulpädagogik, warnt der Bericht. Anleitung und Aufsicht durch Erwachsene seien notwendig. Das Internet ist nützlich, um Neues zu lernen, ersetzt aber nicht Eltern, Lehrer und Erzieher.

Laut UNICEF hilft das Internet, soziale Klüfte zu überbrücken. Es macht Wissen für beide Geschlechter verfügbar und ist in immer entlegeneren Gegenden zugänglich. In Entwicklungsländern kann es der professionellen Ausbildung dienen und wirtschaftliche Chancen eröffnen. Wie die Autoren schreiben, profitieren auch junge Menschen mit Behinderungen – nicht zuletzt, weil sie sich informieren und mit anderen interagieren können, ohne das Haus zu verlassen. Aber natürlich gibt es Unterschiede.

Benachteiligte Gemeinschaften haben tendenziell schlechteren Internetzugang als bessergestellte. Die Vernetzung hängt von privaten und öffentlichen Ausgaben ab. Mangelnde öffentliche Gelder verschärfen die soziale Ungleichheit.

UNICEF beschreibt drei Arten von Risiken:

- Inhaltliche Risiken bestehen, wenn ein Kind unangemessene und unerwünschte Inhalte wie sexuelle, gewalttätige oder rassistische Bilder zu sehen bekommt, die zutiefst verstören und sogar traumatisieren können.
- Kontakt-Risiken bestehen, wenn ein Kind unwissentlich in eine heikle Kommunikation mit Internet-Betrügern verwickelt wird, die junge Menschen zu kommerziellen, sexuellen oder politischen Zwecken suchen.
- Verhaltensrisiken bestehen, wenn Kinder für andere Kinder schädliche Online-Materialien selbst erstellen, etwa mit rassistischen oder sexuellen Inhalten (zum Beispiel Sexting).



Computerunterricht in einer Schule in Kamerun.

Laut UNICEF sind Jugendliche (15- bis 24-Jährige) die am besten vernetzte Gruppe der Welt. Von ihnen nutzen etwa 71 Prozent das Internet – unter der übrigen Weltbevölkerung sind es nur 48 Prozent. Offensichtlich gehen Kinder immer früher ins Internet. Entsprechend wachsen die Gefahren von Cybermobbing, Cyberkriminalität (Diebstahl) und unerwünschten sexuellen Erfahrungen. UNICEF stellt fest, dass Kinder aus armen Familien besonders Gefahr laufen, Internet-Opfer zu werden, da sie neugierig sind, aber die Regeln für die Interaktion im Internet nicht kennen, nicht wissen, wer ihre potenziellen Gegenüber sind und wie sie missbraucht werden könnten. Die UNICEF-Autoren fordern, dass Lehrer dafür sorgen, dass Kinder sich digital auskennen, um den Gefahren adäquat zu begegnen. Auch sollen Anbieter von Inhalten die Risiken mindern.

Genderunterschiede bestehen nach wie vor. 2017 waren weltweit nur 44 Prozent der Internetnutzer weiblich, in Indien sogar nur 29 Prozent. Mädchen leiden unter der Ausgrenzung herb. Der Bericht zeigt, dass sie sich nicht im Internet über Sexualität oder Verhütung informieren können. Das ist für sie aber wichtig, da das weder in der Schule noch in der Familie diskutiert wird.

Jugendliche in Afrika sind weltweit am schlechtesten verbunden. Etwa 60 Prozent können laut UNICEF nicht online gehen. Das hat – vor allem bei Mädchen – sozioökonomische und kulturelle Gründe. In Europa haben nur vier Prozent der Fünf- bis 24-Jährigen keinen Internetzugang.

UNICEF verweist auf eine weitere Ungleichheit. 2016 dominierten zehn Sprachen das Internet – Englisch allein lag bei 56 Prozent. Viele der Kinder und Jugendlichen finden somit keine Informationen in ihrer Sprache. Einige afrikanische und asiatische Idiome existieren nicht in Schriftform, manche Regierungen berichten nicht in indigenen Sprachen.

## CYBERMOBBING

Cybermobbing kann Kinder, Jugendliche und Erwachsene treffen. Menschen jeden Alters teilen intime Informationen in sozialen Medien mit Freunden – und quasi mit der ganzen Welt. Gerade die junge Generation nutzt die Vernetzung, um bestehende Freundschaften zu stärken oder neue zu knüpfen. Kinder haben mehr Kontakt zuei-

einander denn je, wobei sich die Kommunikation von der Offline- zur Online-Interaktion verlagert hat. Laut UNICEF werden häufig Menschen gemobbt, die nicht Teil des Mainstreams sind, aufgrund

- ihrer körperlichen oder geistigen Verfassung
- ihrer kulturellen, ethnischen, religiösen oder politischen Zugehörigkeit
- ihrer sexuellen Orientierung oder
- ihrer wirtschaftlichen Situation.

Mobbing gibt es online und offline, aber während die Gesellschaft einen Umgang mit Offline-Mobbing gefunden hat, ist Cybermobbing ein neues Phänomen. Opfer von Cybermobbing neigten zu Alkohol- und Drogenmissbrauch, gingen oft unregelmäßig zur Schule und hätten ein geringeres Selbstwertgefühl, warnt UNICEF.

Es wird immer wichtiger, die Privatsphäre von Kindern und Jugendlichen nicht nur vor Cybermobbing, sondern auch vor Sexualstraftätern, Menschenhändlern und Anderen zu schützen. Durch neue Plattformen können Online-Betrüger Kinder immer besser erreichen. Kryptowährungen und das Wachstum des versteckten Netzes und des Darknets erleichtern kriminelle Aktivitäten, inklusive sexueller Ausbeutung. UNICEF fordert eine Kontrolle dieses Internet-Bereichs.

Weltweit sorgen sich Eltern, weil ihre Kinder zu viel Zeit vor dem Bildschirm verbringen. Forschungsergebnisse dazu sind laut UNICEF uneindeutig. Das Internet verbindet Kinder aus aller Welt, kann aber auch dazu führen, dass sie an ihrem tatsächlichen Aufenthaltsort weniger präsent sind. Verbringen Kinder zu viel Zeit vor dem Bildschirm, sind sie womöglich körperlich zu wenig aktiv. Eine Studie von 2010, bei der 200.000 Jugendliche zwischen 11 und 15 Jahren in Europa und Nordamerika befragt wurden, zeigte, dass sich Kinder schon damals tendenziell zu wenig bewegten.

Die Art, wie Kinder und Erwachsene die Digitalisierung nutzen, klappt immer mehr auseinander. Kinder sehen Vernetzung als Möglichkeit, Kommunikationsbarrieren abzubauen, Eltern befürchten, dass die Zeit vor dem Computer ihr geistiges Wohlbefinden beeinträchtigt. Die Sorgen der Eltern sollten laut Bericht ernst genommen werden. Doch sollten die Eltern auch versuchen zu verstehen, was die Plattformen ihren Kindern bedeuten. Je

geschickter sie mit den Kindern umgehen, desto besser können sie diese vor Schaden schützen.

Eltern sollten ihren Kinder auch klar machen, wer das Internet dominiert: Eine Handvoll Unternehmen (Facebook, Apple, Netflix und Google) beeinflusst, wie Milliarden von Menschen ihre Zeit verbringen.

Die jüngste Generation ist die vielschichtigste der Geschichte und stets nur wenige Klicks von Informationen und Menschen entfernt. Die Kinder und Jugendlichen von heute sind Digital Natives, das Internet ist ihr zweites Zuhause. UNICEF fordert eine umsichtige Politik, die das Internet zu einem sicheren Ort für sie macht. Verantwortlich sind unter anderem Regierungen, UN-Agenturen, Organisationen, die sich für Kinder einsetzen, Entwicklungsinstitutionen, Pädagogen und Eltern.

Wichtige Ziele sind:

- allen Kindern erschwinglichen Zugang zu hochwertigen Online-Ressourcen zu ermöglichen,
- kulturelle, soziale und genderspezifische Barrieren aufzulösen,
- Kinder vor Schaden zu schützen,
- Strafverfolgung zu unterstützen,
- Privatsphäre, Identität und den Ruf von Kindern online zu schützen,
- digitale Kompetenz zu vermitteln, um Kinder auf dem Stand der Dinge zu halten und ihnen Sicherheit zu bieten,
- ethische Standards für Unternehmen und Technologien zu entwickeln,
- privatwirtschaftliche Unternehmen in die Förderung angemessener ethischer Standards und Praktiken einzubeziehen und
- Kindern und Jugendlichen Mitsprache zu gewähren bei der Entwicklung digitaler Politik.

## LINK

UNICEF, 2017: *The State of the World's Children 2017. Children in a Digital World.*  
<https://www.unicef.org/sowc2017/>



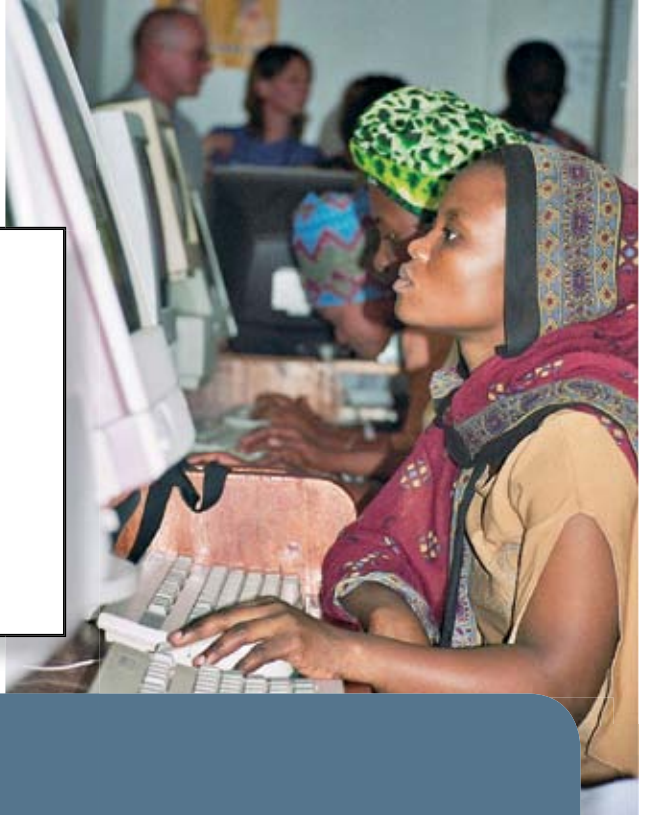
**DRAKE JAMALI**

ist Praktikant bei E+Z/D+C, finanziert vom Congress-Bundestag-Jugendaustausch (CBYX). Dieses Programm

entsendet 75 junge Amerikaner nach Deutschland und 75 junge Deutsche in die USA.

[drakejamali@gmail.com](mailto:drakejamali@gmail.com)

Besuchen Sie  
unsere Website  
unter [www.EundZ.eu](http://www.EundZ.eu)



www.eundz.eu

**E+Z** ENTWICKLUNG  
UND ZUSAMMENARBEIT

Startseite Newsletter E+Z abonnieren Über uns Impressum English

DOSSIERS THEMENFELDER WELTREGIONEN RUBRIKEN AUTOREN ARCHIV BLOG

INKLUSION

### Den Teufelskreis durchbrechen



### Aktuelles e-Paper



26.03.2018 - von Jeffrey Moyo  
**Amidst homophobia, AIDS**



25.03.2018 - von Hans Dembowski  
**Trump drangesaliert**

### Aktuelle Blog-Beiträge

- A primer on post-truth life in Moscow
- Misleading language in a German high-profile publication

### Folgen Sie uns

